



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 183 Jan./2 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Diverse Verräter am Volk, wie NAZI-Gesinnte in Regierungen, können sich nicht verbergen!

NAZI-Gesinnte in den Regierungen, die Verräter am Volk sind, können ihre NAZI-Ideologie nicht vertuschen, verhüllen oder verbergen, denn sie zeigen diese selbst in ihrem Angesicht, wie auch durch ihr Reden und in ihrem Verhalten, folglich jede und jeder welche sie verbergen will, sich selbst zum eigenen Verräter macht.

SSSC, 3. Januar 2026, 12.58 h, Billy

Sahra Wagenknecht am 29. Dezember 2025

Die aktuelle Rentendebatte ist Hohn für Millionen alte Menschen: Jeder fünfte Rentner in Deutschland, der 45 Jahre geschuftet und eingezahlt hat, muss von einer Armutsrente von weniger als 1200 Euro im Monat leben. Für unsere Rentner ist Deutschland kein Schlaraffenland auf Kosten der jüngeren Bevölkerung, sondern Altersarmut ist das grösste soziale Problem unserer Zeit. Wir brauchen dringend eine Rentenreform nach dem Vorbild Österreichs! Dort zahlen alle, auch Beamte, Selbstständige und Politiker, in eine Rentenkasse ein und ein langjährig Versicherter erhält bei geringfügig höheren Beiträgen rund 800 Euro mehr Rente im Monat! Als Erstes sollten auch der Kanzler und alle Minister, die sich gerade erst eine saftige Gehaltserhöhung genehmigt haben, wie jeder normale Bürger Rentenbeiträge zahlen.



Quelle: <https://x.com/SWagenknecht>





2025:

Colonel Douglas Macgregor im Gespräch mit Judge Andrew Napolitano – Eine düstere Bilanz und Prognose für 2026

uncut-news.ch, Dezember 31, 2025

In einer hoch spannenden Sondersendung des Podcasts «Judging Freedom» hat Judge Andrew Napolitano am 30. Dezember 2025 Colonel Douglas Macgregor, einen renommierten Militärexperten und ehemaligen Berater des US-Verteidigungsministeriums, zu einem ausführlichen Jahresrückblick und Ausblick auf 2026 eingeladen.

Das Gespräch, das als letztes Live-Format des Jahres geplant war, beleuchtete die brisantesten geopolitischen Hotspots: Den eskalierenden Konflikt in der Ukraine, die Spannungen im Nahen Osten, den US-Eingriff in Venezuela und die Anzeichen für den Niedergang des amerikanischen Imperiums. Macgregor, bekannt für seine scharfen Analysen, sparte nicht mit Kritik an der US-Aussenpolitik unter Präsident Donald Trump und warnte vor einem explosiven Jahr 2026.

Im Folgenden eine detaillierte Zusammenfassung und Analyse des Interviews, das Millionen von Zuschauern erreichte und den Podcast zum zweiten Mal in Folge über die 100-Millionen-Views-Marke katapultierte.

Der Drohnenangriff auf Putins Residenz: Ein Akt der Verzweiflung?

Das Gespräch begann mit der Breaking News: Am 28./29. Dezember 2025 startete die Ukraine einen massiven Drohnenangriff mit 91 Langstrecken-UAVs auf die offizielle Residenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der historischen Region Nowgorod.

Macgregor bestätigte die Faktenlage: Die Drohnen erreichten das Ziel, wurden jedoch entweder abgeschossen oder verfehlten es. Ob es sich um einen gezielten Attentatsversuch handelte, sei unklar – es hänge davon ab, ob die ukrainische Aufklärung Putins Anwesenheit dort vermutete. «Nichts würde mich überraschen», kommentierte Macgregor trocken.

Er erinnerte an frühere Attentate, darunter die Ermordung der Tochter des Philosophen Alexander Dugin und kürzlich eines hochrangigen russischen Generals in Moskau.

Präsident Trump selbst bestätigte den Vorfall in einer Medienäußerung: Putin habe ihn persönlich informiert und Trump sei «sehr wütend» gewesen. Er verglich den Angriff mit früheren US-Operationen wie dem Stopp von Tomahawk-Raketenangriffen und betonte, dies sei «nicht der richtige Zeitpunkt» für Eskalationen. Dennoch kündigte Russlands Außenminister Sergei Lawrow eine harte Reaktion an: «Solche rücksichtslosen und verantwortungslosen Handlungen werden nicht unbeantwortet bleiben.» Die Ziele und Zeitpunkte für Vergeltungsschläge seien bereits festgelegt.

Macgregor interpretierte den Vorfall als Teil einer breiteren ukrainischen Strategie der Attentate, die nun auf Putins Residenz abzielte – möglicherweise unter der Annahme eines Kommandobunkers dort. Russland reagierte prompt: Atomwaffen vom Typ Iskander wurden nach Belarus verlegt, was Macgregor als Abschreckung nicht nur gegen Kiew, sondern auch gegen Westeuropa (Berlin, Paris, London) sieht.

«Die Russen sind mit dem gesamten Unterfangen satt», fasste er zusammen.

Von der «Spezialoperation» zum Existenzkampf: Russlands Wandel

Ein zentraler Punkt war Putins Auftritt in Militäruniform bei einer Sitzung mit der Generalstabsführung – ein klares Signal, so Macgregor. Er bezog sich auf Carl von Clausewitz und unterschied zwischen «Krieg der Entscheidung» (existentiell) und «Krieg der Beobachtung» (wahlweise).

Für Russland sei der Ukraine-Konflikt nun existentiell: «Russlands Leben als Nation ist bedroht.» Was als begrenzte «spezielle militärische Operation» begann, um Sicherheitsinteressen zu signalisieren, habe sich zu einem Kampf ums Überleben entwickelt.

Die Ukraine sei lediglich ein «Instrument» globalistischer Mächte in Washington und Europa, die Russland zerstören wollten.

Putins Geduld mit dem Westen schwindet, trotz seiner Wertschätzung für Trumps Aufrichtigkeit. Macgregor kritisierte, dass Trump trotz Versprechungen keine Kontrolle über Kongress, CIA und einflussreiche Donatoren ausübe.

«Trump sagt eines, aber die CIA ist weiterhin tief in der Ukraine verwickelt und liefert Aufklärungsdaten.» Der britische MI6 sei sogar federführend bei der Zerstörung Russlands, ergänzte er unter Verweis auf Larry Johnson.

Im russischen Parlament (Duma) laufe der Prozess, den Konflikt von «Spezialoperation» zu «Krieg» umzubenennen – eine Wortwahl mit tiefer Bedeutung für das russische Volk und Militär.

Russland mobilisiere massiv: 135'000 Wehrpflichtige plus 650–750'000 Reservisten, von denen 300–400'000 dauerhaft aktiviert werden. Insgesamt stünden 750–800'000 Truppen in der Ukraine, ergänzt um weitere, was auf über eine Million Mann hindeute.

«Russland bereitet sich auf Krieg gegen Europa vor», warnte Macgregor. Russische Soldaten seien hochmotiviert und gut informiert: «Sie sagen alle: Wir bereiten uns auf Krieg mit Europa vor.»

NATO: Rücksichtslos und abhängig vom US-Support

Macgregor kritisierte die NATO scharf: Die Allianz sei rücksichtslos und überlebe nur durch massive US-Unterstützung in Kommando, Aufklärung und Munition. Trotz Trumps Rhetorik ändere sich nichts; die CIA agiere rogue.

Die NATO hätte nach dem Kalten Krieg aufgelöst werden sollen, stattdessen expandiere sie weiter und ignoriere Trumps Forderung nach europäischer Eigenverantwortung.

Ein Skandal sei der EU-Versuch, russische Vermögenswerte in belgischen Banken zu konfiszieren – nur zwei US-Kongressmitglieder (Rand Paul, Thomas Massie) protestierten.

Macgregor dazu: «Der Kongress erkennt kein höheres Gesetz an als sich selbst. Internationale Regeln sind, was wir sagen.»

Nahost: Eskalation in Gaza, Iran und der Türkei

Über 25'000 Gazaner wurden 2025 von der IDF getötet – eine Zahl, die Trump offenbar nicht stört. Macgregor nannte den sogenannten «Gaza-Plan» einen Fehlschlag, trotz Trumps Beteiligung.

Jonathan Pollard, ein US-israelischer Spion, dessen Strafe Trump begnadigte, forderte offen: «Ein 100% jüdisches Gaza» durch Annektierung biblischen Landes. Macgregor sah darin eine Wiedergabe von Netan-yahus Linie: «Es geht um jüdische Suprematie über die Region.»

Israel sei keine «America-First»-Politik, sondern dominiere Washington.

Der Waffenstillstand sei lediglich eine Pause zur Aufrüstung; nun drohe ein Krieg mit Iran. Trump habe irrtümlich behauptet, Irans Nuklearprogramm sei «obliteriert» – eine Übertreibung.

Macgregor warnte vor einer Kollision zwischen Israel, Iran und dem «wiedererwachenden Osmanischen Reich» unter Erdogan in Syrien und im Mittelmeer. «Interessen überwiegen Freundschaften», betonte er. Eine US-Beteiligung nütze nur Eliten, nicht dem Volk.

Venezuela: US-Angriff als Vorbote?

Trump bestätigte einen US-Angriff auf Venezuelas Hafenbereich, wo Drogen verschifft werden: «Wir haben die Boote und nun das Implementierungsgebiet zerstört.»

Macgregor sah darin keine Invasion – dafür fehlten die Truppen –, sondern einen gescheiterten Putschversuch gegen Maduro. Venezuela sei Teil des BRICS-Blocks (Russland, China, Indien, Iran), der eine goldgedeckte Alternative zum kollabierenden westlichen Finanzsystem aufbaue.

«Das ist ein undeclared war gegen BRICS.»

Das Ende des US-Imperiums: Wirtschaftliche und militärische Krise

Macgregor diagnostizierte das Spätstadium des US-Imperiums: Sinkende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit führe zu militärischer Überkompensation – kontraproduktiv.

Trump genieße Bullying, aber es helfe nicht. Die Wirtschaft basiere auf aufgeblähten Vermögenswerten (600 Billionen Dollar global, laut McKinsey), nicht auf Produktivität. Das oberste Prozent – einschliesslich Trump, dessen Vermögen sich verdreifacht habe – profitiere, während der Rest verarme.

«2026 wird die Türen des US-Flugzeugs aufreissen – in stürmischem Wetter.»

Ausblick: Kein Frieden in Sicht

Macgregor zeigte sich pessimistisch: Kein Frieden 2026, stattdessen weitere Eskalationen. Er lobte die Zusammenarbeit mit Napolitano, inklusive gemeinsamer Vorträge.

Das Interview endete mit Neujahrswünschen und einer Ankündigung: Acht Stunden Scott Ritter an Silvester. Dieses Gespräch unterstreicht die Dringlichkeit geopolitischer Risiken. Macgregors Warnungen vor existenziellen Kriegen und dem Zerfall des Imperiums mahnen zur Vorsicht – doch Washington scheint taub.

Ein Jahr, das mit Drohnen endet, könnte mit Explosionen beginnen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/2025-colonel-douglas-macgregor-im-gespraech-mit-judge-andrew-napolitano-eine-duistere-bilanz-und-prognose-fuer-2026/>

Der neue deutsche Totalitarismus

Die deutsche liberale Ordnung greift auf Totalitarismus zurück, um die Hegemonie ihrer Eliten zu sichern.

Raphael Machado

Wenn man in Deutschland von «Totalitarismus» spricht, denkt man unweigerlich an die NS-Zeit. Zwölf Jahre lang stand Deutschland unter der Herrschaft Hitlers und seiner Partei; eine Herrschaft, die im Zweiten Weltkrieg und dem grössten militärischen Desaster der Menschheitsgeschichte gipfelte. Historisch gesehen, und dank Persönlichkeiten wie Hannah Arendt, beschränkte sich der Begriff «Totalitarismus» auf die Ausprägungen illiberaler politischer Theorien wie Faschismus und Kommunismus. Liberalismus hingegen konnte, kann und darf niemals totalitär sein; das wäre ein Widerspruch in sich.

Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch schnell, dass viele westliche Nachkriegsphilosophen, insbesondere jüdische wie Karl Popper und Theodor Adorno, in ihren Versuchen, den faschistischen Kurs Deutschlands zu verstehen, argumentierten, dass legalistische Erwägungen den Staat daran gehindert hätten, eine politische Kraft wie den Nationalsozialismus aus dem politischen Geschehen zu entfernen, die ganz offensichtlich die Demokratie liquidieren und damit das politische System als solches beenden wollte. Dies ist das sogenannte «Toleranzparadoxon». Popper (Rechts) und Adorno (Links) stimmen darin überein, dass der liberal-demokratische Staat gegenüber den «Intoleranten» intolerant sein muss; das heisst, jede Person oder

politische Gruppe, die sich offen gegen die Grundwerte der liberalen Demokratie und der Menschenrechte stellt, ohne formalistische Bedenken zu verfolgen, zum Schweigen zu bringen und zu liquidieren.

Offensichtlich handelt es sich hier um den Versuch, die Errichtung eines totalitären Regimes unter dem Deckmantel der Verteidigung der «Demokratie» gegen Faschisten und/oder Kommunisten philosophisch zu legitimieren. Trotz seines spezifischen Fokus auf rationaler Überlegung stellt selbst Jürgen Habermas, der philosophische «Papst» des deutschen demokratischen Liberalismus, die Feinde der liberalen Gesellschaft ausserhalb des Schutzes einer toleranten Gesellschaft, da diese, wenn sie toleriert würden, selbst zu deren Untergang führen würden.

Das offensichtliche Risiko liegt jedoch in der Entscheidung, eine Person, Gruppe oder Ideologie als «systemfeindlich» zu bezeichnen. Im 21. Jahrhundert besteht weder in Deutschland noch anderswo in Europa eine ernsthafte Bedrohung durch den Aufstieg offen faschistischer oder kommunistischer politischer Gruppen. Daher muss stets geprüft werden, ob zwischen jeder politischen Herausforderung der bestehenden Ordnung und den historischen antiliberalen Ideologien eine Analogie besteht.

Da die Definitionen von Faschismus und Kommunismus offensichtlich ungenau sind (jeder Theoretiker, jeder Akademiker usw. hat seine eigene Definition dieser Ideologien), ist es leicht, einen Gegner als «Faschisten» oder «Kommunisten» zu bezeichnen. Damit wird es möglich, Oppositionelle zum Schweigen zu bringen und aus der Öffentlichkeit auszuschliessen.

Der deutsche Staat verfügt somit über alle notwendigen theoretischen Grundlagen, um die Verfolgung von Bürgern zu rechtfertigen, die sich seinen Vorstellungen und Werten widersetzen.

Und er besitzt nun die technischen und rechtlichen Mittel, um alle «Feinde der toleranten Gesellschaft» unter seinen Bürgern aufzuspüren.

Im Dezember 2025 verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus eine Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, die die staatlichen Überwachungsmöglichkeiten erheblich erweitert. Die Änderung führt mehrere, gelinde gesagt, umstrittene Instrumente ein, wie etwa die Ermächtigung der Polizei, Spionagesoftware auf den Smartphones und Computern «verdächtiger» Bürger zu installieren sowie verschlüsselte Kommunikation abzufangen. Sollten diese Massnahmen nicht aus der Ferne möglich sein, erlauben die neuen Regelungen der Polizei, heimlich in die Wohnungen der Bürger einzubrechen, um die Spionagesoftware physisch zu installieren.

Eine weitere Neuerung ist die Möglichkeit für die Polizei, ohne gesonderte richterliche Genehmigung auf die Verkehrsdaten von Mobilfunkmasten für alle Geräte in einem bestimmten Gebiet und zu einem bestimmten Zeitpunkt zuzugreifen. Damit könnte die Polizei die Bewegungen jedes Bürgers bei Protesten und öffentlichen Veranstaltungen nachverfolgen. Darüber hinaus erlaubt das Gesetz auch die Verwendung der gesammelten Daten zum Training von Systemen künstlicher Intelligenz.

Dies ist ein eindeutiger institutioneller Abstieg in Richtung Totalitarismus. Es ist daher unmöglich, die Möglichkeit eines solchen Abgleitens des Liberalismus in den Totalitarismus zu leugnen, so wie diese Möglichkeit auch für Faschismus und Kommunismus anerkannt wird. Die betreffenden Regelungen gelten jedoch nur für das Land Berlin; es handelt sich nicht um eine Änderung auf Bundesebene.

Doch es dürfte nur eine Frage der Zeit sein. Ein ähnlicher Gesetzentwurf, der eine Massenüberwachung auf Bundesebene vorsieht, mit der Möglichkeit der Chat-Kontrolle, der Abschwächung der Verschlüsselung und digitaler sowie physischer Eingriffe in das Eigentum der Bürger, liegt im Bundestag vor.

Diese Verschärfung der staatlichen Überwachung ist kein Zufall. Sie erfolgt zu einem Zeitpunkt, an dem die Legitimität der deutschen liberalen Republik von ihren Bürgern infrage gestellt wird, die angesichts der Erregenschaften der letzten Jahrzehnte, der Masseneinwanderung, der zunehmenden Gewalt und der offenkundigen Bemühungen der Regierung, ihre Bürger in einen Konflikt mit Russland zu treiben, entmutigt sind. Angesichts der Infragestellung und der Bedrohung durch den Aufstieg systemfeindlicher politischer Kräfte greift die deutsche liberale Ordnung auf Totalitarismus zurück, um die Hegemonie ihrer Eliten zu bewahren.

erschienen am 30. Dezember 2025 auf > Strategic Culture Foundation > Artikel

Raphael Machado ist Verleger, geopolitischer und politischer Analyst, Autor mit Spezialisierung auf Lateinamerika.

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_12_31_derneuedeutsche.htm

Ukraine – Verhandlungen in der Sackgasse, der Krieg geht weiter

uncut-news.ch, Dezember 30, 2025, Moon of Alabama

Die gestrigen Verhandlungen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem amtierenden Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenski, über ein Friedensabkommen mit Russland führten zu nichts (archiviert):

Eine neue Runde von Friedensgesprächen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky und Präsident Trump scheint kaum mehr hervorgebracht zu haben als das Versprechen, sich im nächsten Monat erneut zu treffen, sowie eine Erinnerung daran, wie weit entfernt ein Friedensabkommen noch ist.



Nach dem Treffen am Sonntag signalisierte Herr Trump, dass er weiterhin an den Verhandlungen beteiligt bleiben werde – ein Gewinn für die Ukraine angesichts seiner wiederholten Drohungen, auszusteigen. Herr Trump rückte ausserdem davon ab, eine neue Frist für ein Friedensabkommen festzulegen, nachdem er zuvor Thanksgiving und Weihnachten als Zieltermine ins Spiel gebracht hatte.

«Ich habe keine Fristen», sagte Herr Trump gegenüber Reportern, als er Herrn Selensky zu den Gesprächen in Mar-a-Lago in Florida begrüßte. «Wissen Sie, was meine Frist ist? Den Krieg zu beenden.»

Vor zwei Wochen hatten wir dieses Ergebnis bereits erwartet:

Die derzeit verhandelten Parameter können nicht zu einem Friedensabkommen mit Russland führen.

Die Trump-Regierung muss einen Schritt zurücktreten. Sie kann das derzeit ausgehandelte Paket Russland vorlegen, das es prüfen und Verhandlungen über «Details» verlangen wird, die mehrere Jahre dauern werden, um zu einem Endpunkt zu gelangen. Oder sie kann die gesamte Angelegenheit vorerst beiseitelegen und in sechs bis zwölf Monaten einen neuen Anlauf nehmen.

Bis dahin wird der Widerstand gegen ein Friedensabkommen – sei es durch die Ukraine oder Europa – abgenommen haben. Erst dann wird Frieden in der Ukraine und in Europa zu einer realen Möglichkeit.

Ein grosser Erfolg für Russland in dieser Verhandlungsrunde ist, dass Trump den Waffenstillstand abgelehnt hat, den Selensky und seine europäischen Unterstützer durchsetzen wollten, um sich anschliessend auf eine neue Kampfrunde vorzubereiten:

WASHINGTON, 29. Dezember. /TASS/.

US-Präsident Donald Trump erklärte, er habe mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin darin übereingestimmt, dass ein Waffenstillstand im Zusammenhang mit der Durchführung eines Referendums in der Ukraine nicht funktionieren würde.

Reporter fragten den US-Präsidenten, ob Russland einem Waffenstillstand für die Dauer der Abhaltung eines Referendums in der Ukraine zugestimmt habe.

«Kein Waffenstillstand, und das ist einer der Punkte, an denen wir derzeit arbeiten. Nein, kein Waffenstillstand. Er (Putin – TASS) empfindet das so. Sehen Sie, sie kämpfen, und anzuhalten und dann wieder anfangen zu müssen, was eine Möglichkeit ist – das will er nicht. Er möchte sich nicht in dieser Lage befinden. Ich verstehe diese Position», sagte Trump auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wladimir Selensky in seiner Residenz Mar-a-Lago in Florida am 28. Dezember.

Die Geschwindigkeit, mit der russische Truppen vorrücken, hat zugenommen. In den letzten Wochen sind mehrere bedeutende ukrainische Städte – Kupjansk, Siwersk, Pokrowsk, Myronograd, Huleipole – in russische Hände gefallen. Das ukrainische Kommando scheint diese Realität zu ignorieren. Es dauerte Wochen, bis man zugab, dass Siwersk gefallen war. Noch immer wird behauptet, man halte Gelände in Myronograd und Huleipole. Lautstark wird eine erfolgreiche Gegenoffensive in Kupjansk verkündet, während die dortigen Truppen in Schutt und Asche bombardiert werden.

Unterdessen ist es Russland weitgehend gelungen, die Ukraine zu entenergisieren. Die Stromversorgung in den grossen Städten der Ukraine ist auf weniger als zwölf Stunden pro Tag begrenzt. Das ländliche Gebiet ist grösstenteils vollständig abgeschaltet. Zentralheizung und Wasserversorgung funktionieren kaum noch. Die russische Seite betont weiterhin, dass ihre Angriffe auf die Infrastruktur der Ukraine Vergeltungsmassnahmen für ukrainische Drohnenangriffe auf Ölverarbeitungsanlagen in Russland seien. Russland verfügt über erhebliche Überkapazitäten im Raffineriebereich. Es kann sich die Verluste leisten, die die ukrainische Seite verursachen kann. Die Ukraine hingegen kann sich einen vollständigen Blackout nicht leisten. Dennoch setzt sie ihre selbstzerstörerischen Bemühungen fort.

Der Krieg dauert nun schon deutlich länger an, als ich vor fast vier Jahren erwartet hatte. Die Gründe waren einerseits eine sehr vorsichtige russische Kampagne, die versuchte, zivile Opfer und Schäden zu vermeiden, und andererseits die immense Unterstützung, die die Ukraine von ihren Verbündeten erhalten hat.

Beide Parameter verändern sich. Die Kampagne zur Entenergisierung der Ukraine trifft nun jene Zivilisten, die bislang vom Krieg weitgehend verschont geblieben waren. Die USA haben ihre Waffenlieferungen an die Ukraine weitgehend eingestellt. Die Europäer fahren ihre Bereitstellung von Waffen und Geld zurück. Im neuen Jahr ist zu erwarten, dass die Bereitschaft der ukrainischen Bevölkerung, den Krieg fortzusetzen, zusammenbrechen wird. Gleichzeitig werden die Bemühungen der ukrainischen Armee, sich gegen russische Angriffe zu verteidigen, scheitern. Truppen werden revoltieren, Kommandeure ihre Stellungen verlassen. Doch wann, wo und wie dies enden wird, ist weiterhin offen.

Quelle: Ukraine – Negotiations at a Standstill, the War Progresses

Quelle: <https://uncutnews.ch/ukraine-verhandlungen-in-der-sackgasse-der-krieg-geht-weiter/>

Cui et al. *Chinese Medicine* (2025) 20:82
<https://doi.org/10.1186/s13020-025-01124-y>

Chinese Medicine

REVIEW

Open Access

Natural anti-cancer products: insights from herbal medicine

Dianxin Cui^{1†}, Cheng Zhang^{2†}, Lili Zhang^{1†}, Jingbin Zheng¹, Jie Wang¹, Luying He¹, Haochun Jin¹, Qianming Kang³, Yang Zhang³, Na Li³, Zhenlong Sun³, Wenying Zheng¹, Jinchao Wei¹, Siyuan Zhang¹, Yibin Feng^{2*}, Wen Tan^{3*} and Zhangfeng Zhong^{1*}

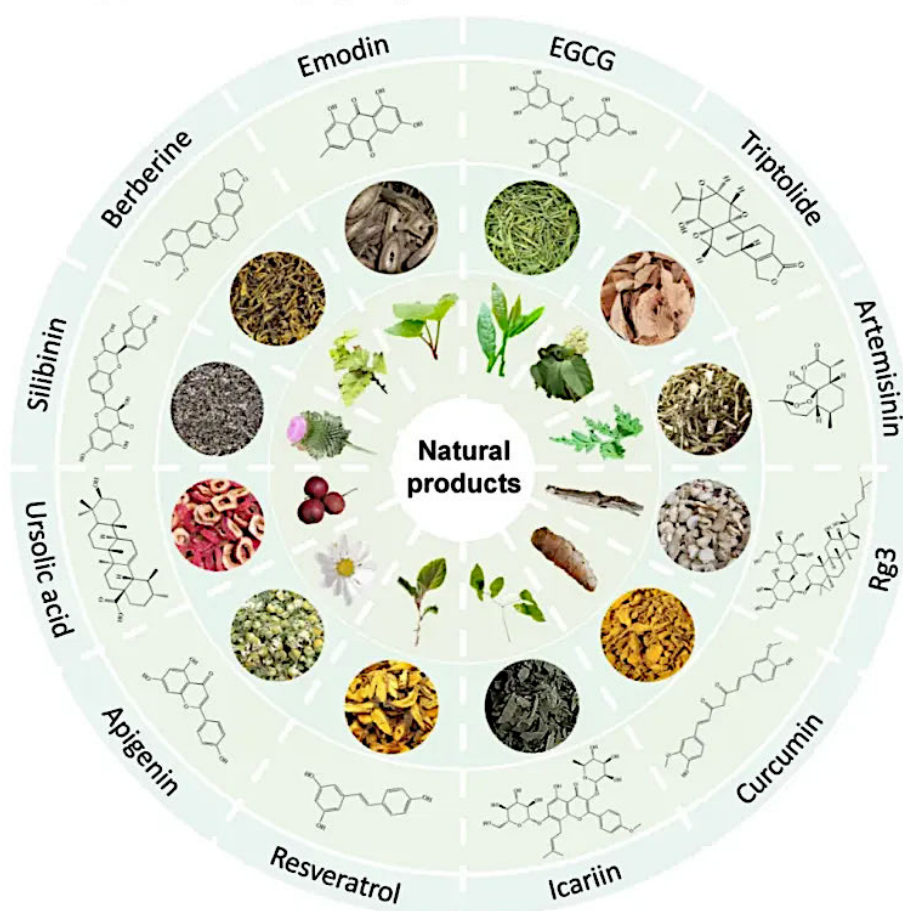


Fig. 1 Natural compounds derived from herbal medicine with anti-cancer effects. The natural products are displayed with their chemical structures, herbal slices, and plant sources, including Apigenin, Artemisinin, Berberine, Curcumin, Emodin, Epigallocatechin gallate (EGCG), Ginsenoside Rg3, Icaritin, Resveratrol, Silibinin, Triptolide, and Ursolic acid (UA)

Über 1100 Studien enthüllen 12 natürliche Substanzen mit starken Anti-Krebs-Wirkungen über alle zentralen Tumorwege hinweg

Nicolas Hulscher, MPH Epidemiologe und Stiftungsadministrator, McCullough Foundation,
 Dezember 3, 2025

Bahnbrechende Analyse identifiziert 12 Naturstoffe mit breiter Anti-Krebs-Aktivität – sie greifen konsistent Kernwege wie Zelltod, Immunflucht, Stoffwechselstörungen und Metastasierung an.

Nicolas Hulscher, MPH

Eine wegweisende Übersichtsarbeit aus dem Jahr 2025 mit dem Titel «Natural anti-cancer products: Insights from herbal medicine», veröffentlicht in «Chinese Medicine», fasste mehr als 1100 wissenschaftliche Studien zusammen und brachte etwas Aussergewöhnliches ans Licht: In Zellstudien, Tiermodellen und Multi-Omics-Analysen zeigten **12 natürliche Verbindungen wiederholt starke Anti-Krebs-Effekte** – sie lösten den Tod von Krebszellen aus, blockierten Metastasen, kappten die Blutversorgung von Tumoren, störten deren Stoffwechsel und kehrten Arzneimittelresistenzen um. Bemerkenswert ist, dass der Grossteil dieser Evidenz aus Studien seit 2019 stammt – ein Hinweis auf eine rapide wachsende Forschungswelle in diesem Bereich.

Für diese Analyse wurden Ergebnisse aus *in vitro*-Experimenten (Krebszelllinien), *in vivo*-Tumormodellen (Maus-Xenografts, orthotope Tumoren, chemisch induzierte Krebsarten, Zebrafischmodelle), *ex vivo*-Mechanismik-Assays sowie modernen Omics-Plattformen wie Transkriptomik, Proteomik und Metabolomik ausgewertet.

Ziel war es, die molekularen Wirkmechanismen dieser Substanzen zu kartieren. Es zeigte sich ein bemerkenswert konsistentes Muster: Eine relativ kleine Gruppe natürlicher Moleküle interferiert wiederholt mit den wichtigsten Überlebenswegen von Krebs – jenen Systemen, die Wachstum, Ausbreitung, Immunflucht, Angiogenese und Therapieresistenz unterstützen.

DIE 12 NATÜRLICHEN ANTI-KREBS-SUBSTANZEN

1. Apigenin (Kamille)

- Unterstützt Immunzellen bei der Tumorerkennung (senkt PD-L1)
- Bremst Wachstumssignale in Krebszellen (PI3K/AKT, EGFR, ERK)
- Verbessert Chemotherapie-Ansprechbarkeit (reduziert MDR1/P-gp)
- Hemmt Gewebeinvasion (NF-κB, MMP-2/9)
- Löst Zelltod über mehrere Wege aus (Apoptose, Autophagie, Ferroptose)

2. Artemisinin (Einjähriger Beifuss)

- Erzeugt oxidativen Stress in Tumoren (ROS, Lipidperoxidation)
- Hemmt Blutgefässbildung (anti-angiogen)
- Verlangsamt Zellbeweglichkeit (Vimentin, N-Cadherin ↓)
- Wirkt gegen Arzneimittelresistenz (STAT3, AKT, HSP90)
- Zeigt Wirkung in zahlreichen Tiermodellen

3 Berberin (Berberitze, Gelbwurz, Goldenseal)

- Unterbricht zentrale Wachstumssignale (PI3K/AKT, HER2, TGF-β)
- Senkt entzündliche Tumorprozesse (NF-κB)
- Kehrt Resistenzen um (P-gp, MRP1, NRF2)
- Vermindert Immunflucht (PD-L1)
- Hemmt Metastasierung (MMP-2/9)

4. Curcumin (Kurkuma)

- Löst Zelltod aus (Apoptose, Autophagie, Ferroptose)
- Senkt Tumorentzündungen (NF-κB, STAT3)
- Hemmt Angiogenese (VEGF)
- Reversiert Chemoresistenz (P-gp, BCRP)
- Verringert Invasivität (Twist1, MMP-9)

5. Emodin (Rhabarberwurzel, japanischer Staudenknöterich)

- Stört Tumorkommunikation (Wnt/β-Catenin, STAT3, NF-κB)
- Löst verschiedene Formen von Zelltod aus (Nekroptose, Ferroptose)
- Stört Tumorstoffwechsel (senkt GLUT1)
- Hemmt invasive Enzyme (MMP-2/9)
- Wirkt gegen Chemoresistenz (P-gp, GST)

6. EGCG (Grüner Tee)

- Hemmt Wachstumssignale (PI3K/AKT/mTOR)
- Fördert programmierten Zelltod (Bax ↑, Bcl-2 ↓)
- Reduziert Entzündung (STAT3)
- Hemmt Invasion & Angiogenese (MMP-2/9, VEGF)
- Reduziert Arzneimittelresistenz (P-gp ↓)

7. Ginsenoside (Ginseng)

- Hemmen Metastasierung (EMT, MMP ↓)
- Verbessern Immunantwort (STAT3 ↓)
- Fördern Zelltod (Caspasen)
- Stellen Wachstumskontrolle wieder her (p53, PTEN)
- Einige Varianten beeinflussen das Darmmikrobiom tumorrelevant

8. Icaritin / Icaritin (Horny Goat Weed, Elfenblume, Ziegenkraut)

- Verbessern Tumorerkennung (CD8+ T-Zellen, CXCL9/10)
- Senken PD-L1
- Hemmen Wachstumswege (PI3K/AKT)
- Wirken gegen Chemoresistenz (P-gp, MRP1)
- Reduzieren Invasivität (E-Cadherin ↑)

9. Resveratrol (Trauben, Beeren)

- Aktiviert Schutzgene (p53)
- Reduziert Entzündungen (NF-κB)
- Hemmt Invasionsfähigkeit (Vimentin ↓, EMT ↓)
- Löst diverse Zelltodwege aus
- Zeigt Synergien mit konventionellen Therapien

10. Silibinin (Mariendistel)

- Verlangsamt Wachstum (mTOR, STAT3)
- Hemmt Angiogenese
- Interferiert mit Wnt/β-Catenin
- Unterstützt Mitochondrien
- Reduziert PD-L1

11. Triptolid (Thunder God Vine, «Götterranke», Wilfords Dreiflügelfrucht)

- Sehr wirksam in extrem niedrigen Dosen
- Blockiert viele Tumorwege (NF-κB, STAT3, AKT/mTOR)
- Senkt Immunflucht-Signale (PD-L1, CD47)
- Fördert Apoptose & Zellzyklusstillstand

12. Ursolsäure (Äpfel, Basilikum, Rosmarin)

- Aktiviert Zelltodwege (p53, ROS)
- Hemmt Wachstumssignale (AKT/mTOR)
- Reduziert Metastasierung (CXCL12, FN1)
- Hilft gegen Arzneimittelresistenz
- Aktiviert Stresswege der Ferroptose (NRF2 ↓)

Ein Muster, das sich nicht ignorieren lässt

Obwohl die Übersichtsarbeit keine detaillierten klinischen Resultate liefert, zeigt sie eine der umfassendsten präklinischen Evidenzsammlungen, die je zu natürlichen Anti-Krebs-Substanzen zusammengestellt wurde. Über Zellstudien, Tumormodelle und Omics-Analysen hinweg ergibt sich ein klares, konsistentes Bild:

Diese Moleküle greifen systematisch die gleichen Kernwege an, die Tumorwachstum, Immunflucht, Metastasierung und Resistenz ermöglichen.

Klinische Studien laufen bereits

Viele dieser Substanzen haben den Laborstatus hinter sich gelassen:

- Curcumin
- Artemisinin-Derivate
- Ginsenoside
- Icaritin
- Silibinin
- Resveratrol

Mehrere Phase-II- und Phase-III-Studien laufen weltweit, besonders zu **Icaritin** und bestimmten **Ginsenosiden**.

Die wissenschaftliche Gemeinschaft beginnt, diese Substanzen ernsthaft als ergänzende oder adjuvante Krebstherapien zu betrachten.

Fazit

Vor dem Hintergrund weltweit steigender Krebsraten sollten diese gut verträglichen, mehrfach wirksamen Naturstoffe dringend weiter erforscht und in rigorose klinische Studien überführt werden. Die Analyse zeigt eindeutig:

Viele natürliche Substanzen wirken nicht gegen «einen» Mechanismus, sondern gleichzeitig gegen alle grossen Tumorwege.

Genau diese Multi-Target-Eigenschaft könnte sie für zukünftige Krebstherapien hochrelevant machen.

Quelle: Over 1,100 Studies Reveal 12 Natural Compounds With Potent Anti-Cancer Effects Across All Major Tumor Pathways

Quelle: <https://uncutnews.ch/ueber-1-100-studien-enthuelen-12-natuerliche-substanzen-mit-starken-anti-krebs-wirkungen-ueber-alle-zentralen-tumorwege-hinweg/>



Die EU sanktioniert Jacques Baud: „Wie ein Blitz aus heiterem Himmel“

Die EU sanktioniert einen Schweizer. Seine Bankkonten sind gesperrt, er darf nicht reisen. Um Essen zu kaufen, braucht er eine „humanitäre Ausnahmeregelung“.



Raphael Schmeller

19.12.2025 · 20.12.2025, 12:54 Uhr



Jacques Baud: Konten gesperrt, Ausreise verboten. © Berliner Zeitung
mdb. Jacques Baud ist für Infosperber-Leser kein Unbekannter. Er schrieb bisher fünf Artikel.

Der Bund lässt Ex-Geheimdienstler Jacques Baud fallen

Brüssel bestraft Baud. Und der Bund interveniert nur halbherzig. Deutlicher reagieren Private.
Lukas Hässig

Die Sanktionierung durch die EU sei wie «ein Blitz aus heiterem Himmel» gekommen, sagt Jacques Baud der «Berliner Zeitung». «Die Vorwürfe gegen mich sind schlichtweg falsch», so der Schweizer Ex-Geheimdienstmann gegenüber der Zeitung. «Ich habe nie eine Verschwörungstheorie über die Ukraine aufgestellt.» Die EU hatte Anfang Woche Baud auf ihre Schwarze Liste gesetzt. Baud würde gefährliche Lügen verbreiten. Der Sprecher des Auswärtigen Amts verteidigte Mitte Woche die Strafe gegen Baud, der im EU-Mitgliedsland Belgien lebt und seit dem Beschluss der EU-Kommission keinen Zugriff mehr auf seine Bankkonten hat. Zudem darf Baud das Land nicht verlassen, um in die Schweiz heimzukehren.

Als ein Journalist an der Pressekonferenz in Berlin nachhakte und meinte, dass «der zentrale Vorwurf (...) so nicht» stimme, sagte der Sprecher des deutschen Auswärtigen Amts: «Ich kann es mir jetzt sehr bequem machen und sagen: Das ist eine Entscheidung, die in Brüssel getroffen worden ist.» Und weiter: «Ich kann aber noch ein bisschen weiter gehen und sagen: Ja, auch wir sind davon überzeugt. Deswegen war es eine einstimmige Entscheidung.»

Baud, so der Vorwurf der deutschen Regierung, trete «regelmässig» in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen auf und fungiere dort als «Sprachrohr prorussischer Propaganda». Dass sich Baud interviewen liess, reicht der EU offenbar, um ihn zu bestrafen.

In Bern schob das Aussendepartement eine Anfrage, was die Regierung für Baud unternehmen würde, weiter ans Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Dort heisst es: «Die zuständigen Behörden des Bundes stehen mit der EU in engem Kontakt, einschliesslich betreffend der Sanktionierung eines Schweizer Staatsangehörigen durch die EU», meinte eine Sprecherin.

Von hartem Auftreten kann demnach keine Rede sein. Der Bundesrat und die zuständige Verwaltung haben sich für ein Intervenieren auf Samtpfoten entschieden.

Jacques Baud hat seit Beginn des Kriegs auch Fehler aufseiten der Ukraine erkannt. Er vertrieb über seine digitalen Kanäle die Einschätzung von Meinungsmachern, wonach die Ukraine den Angriff Moskaus provoziert habe, um der Nato beitreten zu können. Für die EU-Lenker hat Baud damit eine rote Linie überschritten. Sie finden, man dürfe diese Meinung nicht vertreten.

Was man sagen darf und was nicht, das sollte nicht von Brüssel einseitig diktiert werden können, findet hingegen Pascal Lottaz. Der Schweizer lehrt in Japan an einer Hochschule und setzt sich mit einem offenen Brief für Baud ein.

«Wir wenden uns als Schweizer Bürger an Sie aus der Akademie, Diplomatie, Journalismus, der Rechtslehre und als politisch aktive Menschen», beginnt Lottaz Schreiben an Aussenminister Ignazio Cassis.

«Mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass zwei Schweizer Staatsangehörige – Col. Jacques Baud und N. – auf eine Sanktionsliste der Europäischen Union gesetzt wurden, ohne dass gegen sie ein ordentliches Gerichtsverfahren durchgeführt, ihnen rechtliches Gehör gewährt oder ihnen konkrete strafrechtlich relevante Handlungen nachgewiesen worden wären.»

Es handle sich um einen «schwerwiegenden Eingriff in fundamentale Menschenrechte», insbesondere in die «Meinungs- und Ausdrucksfreiheit», das «Recht auf ein faires Verfahren» und den «Schutz vor willkürlicher Bestrafung».

Der in der Neutralitätsforschung aktive Lottaz und die Mitunterzeichner seines offenen Briefs «halten es für inakzeptabel, dass politische Meinungsäusserungen – selbst wenn sie kontrovers oder unbequem sind – mit repressiven Massnahmen beantwortet» würden.

Cassis und sein Aussendepartement (EDA) sollen in Brüssel «gegen die Aufnahme von Schweizer Staatsangehörigen auf die EU-Sanktionsliste» protestieren. Und sie sollen «Schweizer Banken, Kreditinstitutionen und anderen Unternehmen (...) untersagen, EU-Sanktionen gegen diese Personen im Inland umzusetzen». Der Aufruf endet mit einem Aufruf zur Hochhaltung der Meinungsfreiheit: «Wir erwarten von der Schweiz, dass sie ihre Staatsangehörigen schützt, wenn deren grundlegenden Rechte ohne gerichtliche Grundlage eingeschränkt werden – unabhängig davon, ob ihre politischen Positionen mehrheitsfähig sind oder nicht. Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit darf niemals von inhaltlicher Zustimmung abhängig gemacht werden.» Baud will sich gegen die Sanktionen vor europäischen Gerichten wehren.

Trump zeigt uns, wer wir sind

Robert C. Koehler

In der Ära Donald Trump – Gott sei Dank! – ist so vieles möglich, was sich vorher niemand auch nur vorstellen konnte. Zum Beispiel ist nicht nur der «grosse Hannibal Lecter» wieder zum Leben erwacht, er könnte sogar Trumps Kabinett beitreten.

Nun ja, das ist nur eine Vermutung, aber warum nicht? Ich denke, er würde perfekt hineinpassen. Was ich damit sagen will: «Hier ist etwas im Gange. Was genau, ist noch unklar ...» Es ist nicht einfach nur so, dass Trump einzigartig (sprich: einzigartig verrückt) ist. Das ist er definitiv, aber er ist auch durch und durch Amerikaner. Unter seiner Führung liegt unsere politische Struktur nackt und blossgestellt da, ihrer politischen Korrektheit beraubt. Der Kaiser ist nackt! Plötzlich können wir das nicht mehr ignorieren.

Tatsächlich können wir uns selbst nicht mehr ignorieren. Wie der Psychologe John Gartner betont hat, ist Trump nicht nur ein bössartiger Narzisst, sondern – wie seine zweite Amtszeit deutlich gezeigt hat – gleitet er immer tiefer in die Demenz ab. Dennoch unterstützen ihn weiterhin Menschen – genug, um ihm Wahlsiege zu ermöglichen. Warum?

Weil, so Gartner, «er ihre gemeinsamen Feinde angreift. Eine Figur wie Hitler übt eine psychologische Anziehungskraft aus. Wer sich machtlos fühlt, fühlt sich durch jemanden, der seine vermeintlichen Feinde auf strafende Weise attackiert und ihnen das Gefühl gibt, mächtig zu sein und das Recht zu haben, zu dominieren, wieder ermächtigt.»

Ich möchte hinzufügen, dass diese «Feinde» möglicherweise einfach aus dem Nichts heraufbeschworen wurden ... eine Gruppe, von der seine Anhänger gar nichts wussten. Doch der Machthaber hat sie zu Feinden erklärt und sie damit faktisch erschaffen. Entscheidend ist nicht, dass eine lange verachtete Gruppe be-

kommt, was sie «verdient», sondern dass ihre machtlosen Anhänger nun jemanden haben, den sie zu dominieren glauben.

Und ja, Trump dreht sozusagen völlig durch und greift diverse Feinde an. Wie Brett Wilkins auf Common Dreams schreibt: «Präsident Donald Trump – der sich selbst als «kriegsfeindlichsten Präsidenten der Geschichte» bezeichnet – hat nun die Bombardierung von mehr Ländern angeordnet als jeder andere Präsident zuvor. US-Streitkräfte führten am Weihnachtstag Angriffe auf mutmassliche IS-Kämpfer durch, die laut Weissem Haus Christen in Nigeria töteten. ...

Neben Nigeria hat Trump – der behauptet, einen Friedensnobelpreis zu verdienen – seit 2017 auch die Bombardierung von Afghanistan, Iran, Irak, Libyen, Pakistan, Somalia, Syrien und Jemen sowie von Booten angeordnet, die angeblich Drogen in der Karibik und im Pazifik transportierten.» Trump hat ausserdem Kriegsschiffe und Tausende US-Soldaten in der Nähe von Venezuela stationiert, das das nächste Land werden könnte, das von einem Präsidenten angegriffen wird, der mit dem Versprechen «Frieden durch Stärke» Wahlkampf geführt hat.

Doch diese «Führung» ist alles andere als beispiellos. Wie der palästinensisch-amerikanische Komiker Sammy Obeid in einem Comedy-Programm fragt, das deutlich sachlicher ist als die Berichterstattung in den offiziellen Medien: Was ist Terrorismus eigentlich, dieses Ding, das wir seit Jahrzehnten so hartnäckig zu bekämpfen versuchen? Um das herauszufinden, schlug er die Definition nach: Terrorismus ist «die Anwendung von Gewalt zur Erreichung eines politischen Ziels».

Ähm ... Amerika selbst ist anscheinend der grösste Terrorist aller Zeiten! Oder zumindest ganz weit oben auf der Liste. Neben dem Vietnamkrieg – mit Millionen Toten – gibt es den angeblichen Krieg gegen den Terror, der von George W. Bush begonnen, von Barack Obama fortgeführt und schliesslich von Joe Biden beendet wurde.

Laut dem «Costs of War Project» der Brown University: «Schätzungsweise über 940'000 Menschen wurden zwischen 2001 und 2023 durch direkte Kriegsgewalt nach dem 11. September im Irak, in Afghanistan, Syrien, Jemen und Pakistan getötet. Davon waren mehr als 412'000 Zivilisten. Die Zahl der Verwundeten und Erkrankten infolge der Konflikte ist weitaus höher, ebenso wie die Zahl der Zivilisten, die «indirekt» durch die Zerstörung von Wirtschaft, Gesundheitssystemen, Infrastruktur und Umwelt durch die Kriege ums Leben kamen.» Schätzungsweise 3,6 bis 3,8 Millionen Menschen starben indirekt in den Kriegsgebieten nach dem 11. September, wodurch die Gesamtzahl der Todesopfer auf mindestens 4,5 bis 4,7 Millionen anstieg – Tendenz steigend.

Man könnte sagen, Trump bringt die Dunkelheit all dessen ans Licht. Gehört Krieg nicht genau dorthin – in die schonungslose öffentliche Debatte? Der grösste Feind des Friedens ist vielleicht die kollektive Rechtfertigung und Abstraktion des Krieges durch den politischen und medialen Komplex, zusammen mit den Finanzströmen, die ihn ermöglichen. Das ist unsere nationale Infrastruktur. Trump entlarvt sie, nicht absichtlich, sondern mit einer bissigen, kindlichen Ehrlichkeit, gepaart mit einer gewissen Demenz.

«Terrorismus ist die Anwendung von Gewalt zur Erreichung eines politischen Ziels.» Der «Krieg» gegen den Terror, die Überwindung des Terrors – die Transformation der Menschheit, des Planeten Erde – beginnt damit, dass wir uns selbstkritisch betrachten und uns für Weiterentwicklung entscheiden. Wenn wir uns weigern, bekommen wir Donald Trump.

erschienen am 30. Dezember 2025

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_01_01_trumpzeigtuns.htm



9 Anzeichen dafür, dass Führungskräfte auf der ganzen Welt von einem schweren Fall von «Kriegsfieber» befallen sind

uncut-news.ch, Dezember 30, 2025/ Michael Snyder

Wie nah können wir dem Abgrund kommen, ohne hinabzustürzen? Der grösste militärische Konflikt in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg steht bevor, 2026 auf die nächste Eskalationsstufe zu gehen, im Nahen Osten könnte jederzeit erneut Krieg ausbrechen, die USA stehen kurz davor, einen neuen Krieg gegen Venezuela zu beginnen, und China ist ausser sich wegen eines brandneuen Waffenpakets, das soeben für Taiwan genehmigt wurde. Die Hunde des Krieges kratzen bereits am Tor – und dennoch scheinen sich die meisten Menschen kaum Sorgen zu machen. Das gilt insbesondere für die westliche Welt, und das ist äusserst bedauerlich. Wir sind der Gefahr eines Albtraumszenarios gefährlich nahe, und die Uhr tickt.

Im Folgenden finden sich **9 Anzeichen dafür, dass Führungskräfte auf der ganzen Welt von einem schweren Fall von «Kriegsfieber» befallen sind ...**

#1

Die Europäer bereiten sich fieberhaft auf einen Krieg mit Russland vor, und darüber habe ich bereits ausführlich in einem früheren Artikel berichtet. Nach Monaten, in denen man sie über die Möglichkeit eines direkten Konflikts mit Russland sprechen hörte, scheint der russische Präsident Wladimir Putin die Geduld mit ihnen verloren zu haben. Tatsächlich bezeichnete Putin europäische Politiker kürzlich als «Schweine» und «Ferkel» ...

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnete den britischen Premierminister Sir Keir Starmer abfällig als «kleines Ferkel» und sprach offen über die Stationierung russischer Raketen in Reichweite des Vereinigten Königreichs.

Während einer jährlichen Sitzung des russischen Verteidigungsministeriums beschuldigte Putin den ehemaligen US-Präsidenten Joe Biden, den Konflikt in der Ukraine absichtlich angezettelt zu haben, und erklärte weiter, dass die «europäischen kleinen Schweine» die Amerikaner sofort unterstützt hätten. «Alle gingen davon aus, dass sie Russland in kurzer Zeit zerstören würden, dass sie es ruinieren würden», erklärte Putin. «Und die europäischen Ferkel schlossen sich sofort an, um die frühere amerikanische Regierung bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Sie hofften, vom Zusammenbruch unseres Landes zu profitieren. Etwas zurückzuholen, das in früheren historischen Perioden verloren gegangen war, und sich zu rächen. Wie nun für alle offensichtlich geworden ist, sind all diese Versuche und all diese zerstörerischen Pläne gegen Russland vollständig gescheitert.»

#2

Auf derselben Sitzung erklärte Putin unmissverständlich, dass alle russischen Ziele in der Ukraine entweder diplomatisch oder mit Gewalt erreicht würden ...

Der russische Präsident Wladimir Putin erklärte am Mittwoch während einer Sitzung des Verteidigungsministeriums, dass Russland seine Ziele entweder durch Diplomatie oder durch militärische Mittel erreichen werde.

«Die Ziele der speziellen Militäroperation werden zweifellos erreicht werden. Wir würden es vorziehen, dies zu erreichen und die Ursachen des Konflikts auf diplomatischem Wege zu beseitigen. Sollte sich jedoch die Gegenseite und ihre ausländischen Förderer weigern, einen substanziellen Dialog zu führen, wird Russland die Befreiung seiner historischen Gebiete mit militärischen Mitteln erreichen. Die Aufgabe der Schaffung und Ausweitung einer Sicherheits-Pufferzone wird ebenfalls konsequent umgesetzt», sagte Putin laut einem Kreml-Transkript.

#3

Die Ukrainer werden die Gebiete, die Russland beansprucht, niemals freiwillig übergeben, weshalb es so aussieht, als würden die Kämpfe auf absehbare Zeit weitergehen. Und je länger die Kämpfe andauern, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Ukrainer erfolgreich versuchen, die NATO in den Krieg hineinzuziehen. In einem sehr langen Beitrag auf X warnte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky, dass das kommende Jahr «ein Jahr des Krieges» sein werde ...

Heute haben wir erneut Signale aus Moskau gehört, dass man sich darauf vorbereitet, das nächste Jahr zu einem Jahr des Krieges zu machen. Diese Signale richten sich nicht nur an uns. Es ist entscheidend, dass unsere Partner sie sehen – und nicht nur sehen, sondern auch darauf reagieren, insbesondere unsere Partner in den Vereinigten Staaten, die oft sagen, Russland wolle den Krieg beenden.

Doch die Signale aus Russland sind genau das Gegenteil, in Form offizieller Befehle an die Armee. Diese russische Denkweise muss erkannt und entsprechend behandelt werden. Wenn Russland in dieser Denkweise verharret, wird es auch die Diplomatie untergraben – indem es diplomatische Sprache und Druck über einzelne Punkte in Dokumenten nutzt, um lediglich den Wunsch zu verschleiern, die Ukraine und die Ukrainer zu zerstören und Russlands Landraub zu legitimieren. Und dann kommen andere Länder in Europa, die eines Tages von jemandem in Russland vielleicht als sogenannte «historische Gebiete» bezeichnet werden.

Es ist echter Schutz nötig gegen diesen russischen Fall von Wahnsinn, und wir werden weiterhin mit allen Partnern daran arbeiten, diesen Schutz sicherzustellen. Sicherheitsmassnahmen sind nötig, finanzielle Massnahmen sind nötig – einschliesslich Massnahmen gegen russische Vermögenswerte –, politische Mass-

nahmen sind nötig. Und der Mut aller Partner ist erforderlich: die Wahrheit zu sehen, die Wahrheit anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Ich danke allen, die die Ukraine unterstützen.

#4

Russische Streitkräfte rücken in der Ukraine weiterhin stetig vor. In dieser Woche wurde berichtet, dass russische Truppen kurz davor stehen, Hultajpole einzunehmen ...

Angriffsgruppen der russischen Streitkräfte operieren laut der deutschen Boulevardzeitung Bild bereits aktiv im Zentrum von Hultajpole. Die Zeitung stellt fest, dass der Angriff auf die Stadt derzeit von allen Seiten erfolgt.

Russische Quellen, die diese Informationen bestätigen, betonen die Schwierigkeiten, mit denen die Kämpfer des Kiewer Regimes bei der Verteidigung von Hultajpole konfrontiert sind. Die Stadt verfügt nicht über viele Hochhausviertel. Zudem sind die meisten entweder zerstört oder unter Kontrolle der russischen Streitkräfte.

#5

Es wird behauptet, dass drei Mitglieder des russischen FSB unter dem Grenzzaun hindurchgekrochen und kurzzeitig estnisches Territorium betreten hätten ...

Das NATO-Mitglied Estland hat die Russische Föderation beschuldigt, eine kleine Gruppe von Sicherheitskräften kurzzeitig über die Grenze auf sein Territorium eingeschleust zu haben – der jüngste Vorfall in einer Reihe von Ereignissen, die das westliche Bündnis aufgebracht haben.

Die estnische Regierung verwies auf Aufnahmen von Überwachungskameras, die eine Gruppe von drei russischen Grenzschutzbeamten zeigen, einer Behörde unter dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) der Russischen Föderation, der Nachfolgeorganisation des KGB, die illegal estnisches Territorium betreten. Nach der Darstellung Estlands überquerten drei Russen den Fluss Narva an der Grenze zwischen Estland und Russland auf einem Luftkissenfahrzeug und gingen auf einer Landzunge auf der estnischen Seite der Kontrolllinie an Land.

Die drei Grenzschutzbeamten der Russischen Föderation sollen umhergegangen sein, bevor sie wieder auf ihr Luftkissenfahrzeug stiegen und zurückkehrten. Estland hat seit dem Vorfall Polizei und Grenzpatrouillen verstärkt und erklärt, diplomatische Gespräche mit Moskau einberufen zu haben, um seinen Protest zum Ausdruck zu bringen.

#6

Israel und die Hisbollah sollen eigentlich einen Waffenstillstand haben, doch es kommt weiterhin zu Kämpfen. Allein in den vergangenen 24 Stunden haben israelische Politiker «eine Reihe von Luftangriffen im Süden und Nordosten des Libanon» genehmigt ...

Israel hat Berichten zufolge eine Reihe von Luftangriffen im Süden und Nordosten des Libanon durchgeführt, kurz vor Ablauf der Frist am 31. Dezember, bis zu der die Terrororganisation Hisbollah entwaffnet sein sollte.

Die Angriffe trafen Infrastruktur- und Abschussstellungen der Hisbollah in einem Militärkomplex, den die Terrororganisation zur Ausbildung und für Kurse ihrer Mitglieder nutzt, berichtete die Associated Press unter Berufung auf das israelische Militär. Israel erklärte ausserdem, es habe militärische Einrichtungen der Hisbollah angegriffen, in denen Waffen gelagert wurden.

#7

Das US-Repräsentantenhaus hätte ein Gesetz verabschieden können, das einen Krieg gegen Venezuela ohne Zustimmung des Kongresses verhindert hätte. Leider wurde der Gesetzentwurf abgelehnt ...

Das Repräsentantenhaus stimmte am Mittwoch gegen eine Resolution zu den Kriegsbefugnissen, die Präsident Trump daran hindern sollte, ohne Zustimmung des Kongresses – wie es die Verfassung verlangt – einen Krieg gegen Venezuela zu beginnen.

Der Gesetzentwurf scheiterte mit 211 zu 213 Stimmen, neun Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil. Nur drei Republikaner schlossen sich den Demokraten an: die Abgeordneten Thomas Massie (R-KY), Marjorie Taylor Greene (GA) und Don Bacon (NE). Ein Demokrat, Henry Cuellar (TX), stimmte gegen das Gesetz.

Die Gesetzgebung hätte den Präsidenten angewiesen, «die Streitkräfte der Vereinigten Staaten aus Feindseligkeiten innerhalb oder gegen Venezuela abziehen, die nicht vom Kongress genehmigt wurden».

#8

Unsere Führungskräfte tun weiterhin Dinge, von denen sie wissen, dass sie die Chinesen massiv verärgern werden. Zum Beispiel wurde gerade das grösste Waffenverkaufspaket für Taiwan in der Geschichte genehmigt ...

Erst vor einem Tag teilte die US-Regierung China mit, dass sie bereit sei, amerikanische Interessen im Pazifikraum zu verteidigen. Nun wird berichtet, dass die USA Waffenverkäufe im Wert von 11,1 Milliarden Dollar an Taiwan genehmigt haben – der grösste jemals angekündigte Einzeltransfer dieser Art und ein klares Zeichen der Unterstützung aus Washington.

Die am späten Mittwoch bekannt gegebenen Waffenverkäufe sollen Taipeis Bemühungen unterstützen, «seine Streitkräfte zu modernisieren und eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit aufrechtzuerhalten», so die Defense Security Cooperation Agency des Pentagon.

#9

Die Chinesen sind über dieses Hilfspaket absolut wütend. Sie verurteilen das Vorgehen scharf und fordern, dass wir sofort aufhören, «Taiwan zu bewaffnen» ...

Chen Binhua, Sprecher des Staatlichen Büros für Taiwan-Angelegenheiten, erklärte, die Entscheidung Washingtons untergrabe Chinas Souveränität und Sicherheitsinteressen und sende ein falsches Signal an separatistische Kräfte der «Taiwan-Unabhängigkeit».

Er bezeichnete die Genehmigung des massiven Waffenverkaufs als «eklatante Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten» und sagte, sie verstosse schwerwiegend gegen das Ein-China-Prinzip und die drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen China und den USA, insbesondere das Kommuniqué vom 17. August 1982.

«Wir lehnen dies entschieden ab und verurteilen es aufs Schärfste», sagte Chen und forderte die USA auf, unverzüglich die «Bewaffnung Taiwans» einzustellen und die Unterstützung separatistischer Kräfte der «Taiwan-Unabhängigkeit» zu beenden.

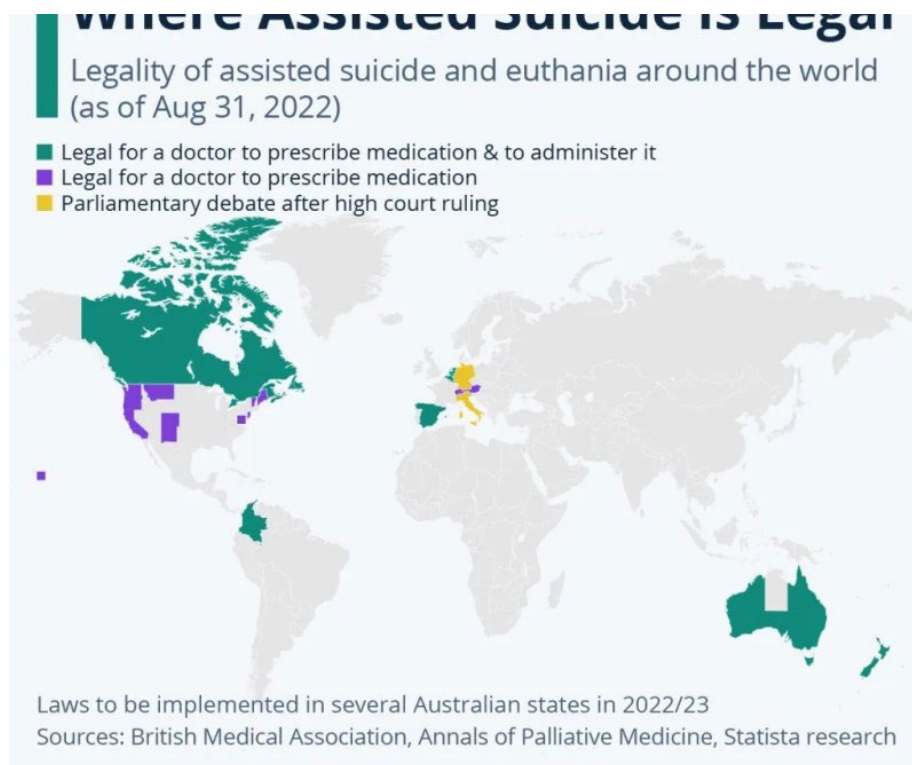
Die Chinesen sind ausserdem sehr verärgert über unsere Blockade Venezuelas, da sie mehr Öl von den Venezolanern kaufen als alle anderen zusammen. US-Beamte scheinen zu glauben, dass sie die Chinesen weiter herumschubsen können, ohne ernsthafte Konsequenzen zu erleben. Unnötig zu sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass sie sich damit völlig irren. Meiner Meinung nach ist es leicht, sich ein Szenario vorzustellen, in dem wir gleichzeitig Krieg in Asien, Krieg in Südamerika, Krieg im Nahen Osten und Krieg in Europa erleben.

Sollte sich ein solches Szenario tatsächlich entfalten, wäre es wahrhaftig ein weltweiter Krieg.

Wenn die globalen Führungskräfte den Weg des Friedens wählen wollen, ist jetzt der Zeitpunkt dafür. Leider hat das «Kriegsfieber» zu diesem Zeitpunkt den Grossteil der weltweiten Führungseliten ergriffen – und das ist keine gute Nachricht für irgendjemanden.

Quelle: 9 Signs That Leaders All Over The Globe Have Come Down With A Really Bad Case Of “War Fever”

Quelle: <https://uncutnews.ch/9-anzeichen-dafuer-dass-fuehrungskraefte-auf-der-ganzen-welt-von-einem-schweren-fall-von-kriegsfieber-befallen-sind/>



Bundesstaat für Bundesstaat folgt Amerika Kanadas Euthanasie-Politik – und hier ist der Grund dafür

Leo Hohmann, Dezember 30, 2025

New York wird der 13. Bundesstaat, der ärztlich assistierten Suizid erlaubt. Wir sollten damit rechnen, dass weitere Bundesstaaten folgen; die Idee ist, Selbsttötung zu einer gesellschaftlich akzeptierten Option zu machen, wenn man ins Krankenhaus eingeliefert wird.

Leo Hohmann

New York steht kurz davor, der jüngste Bundesstaat zu werden, der medizinisch assistierten Suizid für unheilbar Kranke legalisiert, nachdem Gouverneurin und Landesparlament eine entsprechende Vereinbarung erzielt haben, wie die Führung am Mittwoch bekannt gab.

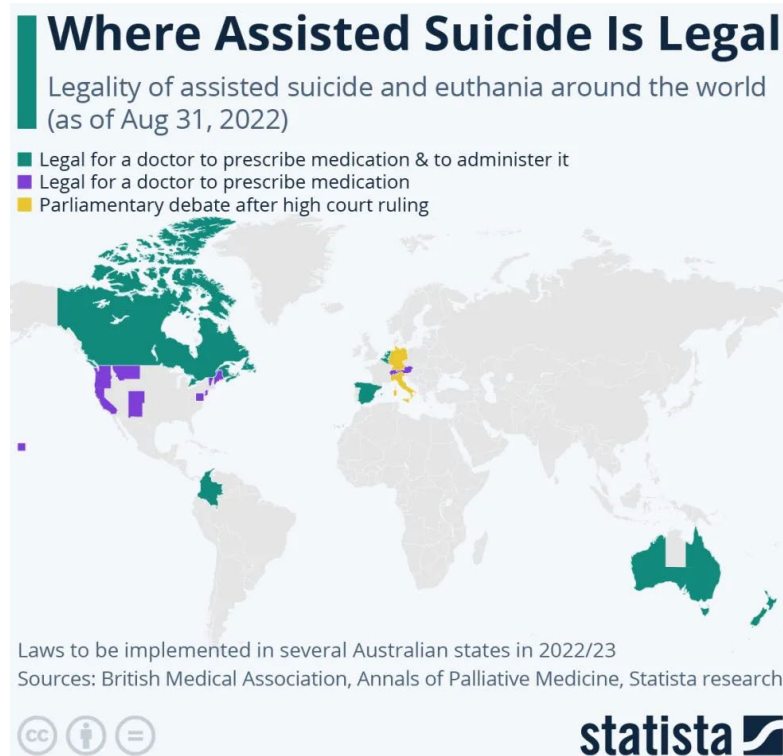
In einem Meinungsbeitrag in der Albany Times Union erklärte Gouverneurin Kathy Hochul, sie werde den Vorschlag unterzeichnen, nachdem sie sich mit den Gesetzgebern darauf geeinigt habe, eine Reihe von «Schutzmechanismen» aufzunehmen.

Hochul, eine Katholikin, sagte, sie sei zu dieser Entscheidung gekommen, nachdem sie Menschen von allen Seiten der Debatte angehört habe.

Sie schrieb: «Mir wurde beigebracht, dass Gott barmherzig und mitfühlend ist, und so müssen auch wir sein. Dazu gehört, denen, die sich dem Unvorstellbaren gegenübersehen und in ihren letzten Monaten in diesem Leben nach Trost suchen, eine barmherzige Option zu erlauben.»

Long Island News berichtet, dass laut Befürwortern zwölf weitere Bundesstaaten sowie der District of Columbia Gesetze haben, die medizinisch assistierten Suizid erlauben, darunter ein Gesetz in Illinois, das letzte Woche unterzeichnet wurde und nächstes Jahr in Kraft tritt.

Betrachten Sie die Karte unten und prüfen Sie, ob Ihnen ein Muster in den Ländern auffällt, in denen das Töten der eigenen Person gefördert wird.



New Yorks neues Gesetz, der Medical Aid in Dying Act, verlangt, dass eine unheilbar kranke Person, deren Tod innerhalb von sechs Monaten erwartet wird, einen schriftlichen Antrag auf lebensbeendende Medikamente stellt.

Zwei Zeugen müssten den Antrag unterzeichnen, um sicherzustellen, dass der Patient nicht unter Zwang steht. Der Antrag müsste anschliessend sowohl vom behandelnden Arzt als auch von einem konsultierenden Arzt genehmigt werden.

Long Island News weist darauf hin, dass die Gouverneurin erklärte, die Sponsoren des Gesetzentwurfs und die Führung des Parlaments hätten sich darauf geeinigt, Bestimmungen hinzuzufügen, die eine Bestätigung durch einen Arzt verlangen, dass die Person tatsächlich weniger als sechs Monate zu leben hat, sowie eine Bestätigung durch einen Psychologen oder Psychiater, dass der Patient fähig ist, diese Entscheidung zu treffen, und nicht unter Druck steht.

Natürlich wissen wir, dass Ärzte nicht immer die beste Erfolgsbilanz haben, wenn es darum geht, die verbleibende Lebenszeit ihrer Patienten vorherzusagen. Dennoch wurden ihnen durch diese Gesetze gottgleiche Befugnisse eingeräumt, über die Beendigung von Leben zu entscheiden oder sie abzulehnen.

Die Gesetzgebung wurde erstmals 2016 eingebracht, scheiterte jedoch angesichts des Widerstands der Katholischen Konferenz des Staates New York und anderer Gruppen. Die katholische Organisation argumentierte, die Massnahme würde das menschliche Leben entwerten und die Rolle des Arztes als Heiler untergraben.

In einer Erklärung sagte der New Yorker Kardinal Timothy Dolan, Hochhuls Haltung «signalisiert die Aufgabe unserer verletzlichsten Bürger durch die Regierung und teilt kranken oder behinderten Menschen mit, dass Suizid in ihrem Fall nicht nur akzeptabel ist, sondern von unseren gewählten Führern gefördert wird.»

HIER IST MEINE SICHT: Wir alle wissen, wohin das führt. Man muss sich nur die Entwicklung des assistierten Suizids in Kanada ansehen. Als er erstmals verabschiedet wurde, gab es eine ganze Reihe sogenannter Schutzmechanismen. Einer nach dem anderen wurden diese Schutzmechanismen schrittweise entfernt, und die Todesschwadronen werden immer dreister – bis zu dem Punkt, an dem nun erwogen wird, Kinder zu euthanasieren. Das ist ein Weg, den keine Gesellschaft einschlagen sollte. Denn sobald man die Büchse der Pandora öffnet und Ärzte zu Tötenden macht, sind die Möglichkeiten für böswillige Akteure endlos. Und wir alle wissen, wer diesen Trend antreibt, Ärzte zu Tötenden zu machen.

Die Technokraten und globalistischen Machteliten haben sich bereits auf eine Zukunft festgelegt, in der KI unsere Fabriken, unsere Büros, unser Militär, unsere Kirchen – alles – steuert. Der Bedarf an menschlichen Wesen ist einfach nicht mehr das, was er einmal war. Wir alle gelten als entbehrlich.

Deshalb sehen Sie die rücksichtslosen aussenpolitischen Strategien, die im Namen der Friedenssicherung zum Krieg einladen. Die rücksichtslosen medizinischen Behandlungen, die im Namen unserer Gesundheit im «Warp-Speed» vorangetrieben werden. Und den rücksichtslosen Krieg gegen Lebensmittel, der echte Nahrung durch bioengineertes Material ersetzt und dieses dann als «gesund» und «für den menschlichen Verzehr sicher» abstempelt.

Es braucht wirklich keinen Raketenwissenschaftler, um das zu erkennen. Es braucht nur die Entschlossenheit, die Augen, Ohren und den Verstand weit offen zu halten, Muster und falsche Narrative wahrzunehmen und aufmerksam zu sein.

Quelle: State by state, America is following Canada's euthanasia policy and here's why...

Quelle: <https://uncutnews.ch/bundesstaat-fuer-bundesstaat-folgt-amerika-kanadas-euthanasie-politik-und-hier-ist-der-grund-dafuer/>

Europa ist Amerikas Opfer

Thomas Karat

Die Bomben fallen nie auf Washington, und das war schon immer Europas Problem.

Europa behauptet oft, endlich aufgewacht zu sein und dass der Krieg in der Ukraine die Bedeutung dieses Jahrhunderts verdeutlicht habe. Die tiefere Lektion ist älter und schmerzlicher: Der Kontinent ist positioniert, nicht geschützt. Die Logik, die die nuklearen Strategien der NATO prägte – von frühen Übungen, die Feuerstürme auf deutschem Boden simulierten, bis hin zu den WINTEX-CIMEX-Manövern der 1980er-Jahre – ist zurückgekehrt, aktualisiert und unter der Sprache der Werte verborgen. Europa steht nun vor einem Krieg, den es sich nicht ausgesucht hat, unter einer Doktrin, die es nicht verfasst hat, im Rahmen einer strategischen Architektur, die es lange als entbehrliches Terrain für andere Mächte behandelt hat.

Vom Kalten Krieg bis zum Krieg in der Ukraine ist die strategische Gleichung dieselbe geblieben: Europa ist nicht das, was die Vereinigten Staaten von Amerika schützen. Europa ist der Ort, an dem die Vereinigten Staaten sich selbst schützen.

Dies bleibt die Wahrheit, die unter jahrzehntelanger Bündnistrhetik, moralischem Vokabular und politischer Illusion begraben liegt – eine Wahrheit, die europäische Regierungen bisher vermieden haben auszusprechen, da dies die Grundfesten ihrer Sicherheitsidentität erschüttern würde.

Die Ukraine hat diese Logik nicht geschaffen. Sie hat sie blossgelegt. Trotz aller Reden von gemeinsamen Werten und gegenseitiger Verteidigung hat sich die geografische Realität nicht verändert. Europa trägt das Risiko, damit die Vereinigten Staaten von Amerika die Macht ausüben können.

Diese Struktur prägt die transatlantischen Beziehungen seit sieben Jahrzehnten; ein Muster, das in den Nuklearplanungsdokumenten der 1950er-Jahre verankert und in den WINTEX-CIMEX-Übungen der späten 1980er-Jahre verfeinert wurde.

Europa erinnert sich kaum an diese Aufzeichnungen. Die Vereinigten Staaten erinnern sich an alles. Die Archive erzählen eine Geschichte, die die Europäer sich selbst nicht mehr erzählen.

WINTEX-CIMEX, eine Reihe geheimer NATO-Kriegsspiele, die während des Kalten Krieges, insbesondere in den 1970er- und 1980er-Jahren, durchgeführt wurden, war keine unbedeutende Planungsaktivität. Die vom Bundesarchiv und dem Deutschen Historischen Museum freigegebenen Dokumente belegen, dass die

Übung als Einsatzplan für einen möglichen Krieg mit der Sowjetunion diene. In jedem Szenario war das Muster gleich:

- Die ersten US-Atomsprengeköpfe trafen europäischen Boden.
- Das Schlachtfeld umfasste Deutschland, Dänemark, die Niederlande und Belgien. Erwartet wurden hohe europäische Opferzahlen, zerstörte Städte und radioaktiv verseuchtes Gelände. Die Vereinigten Staaten blieben geografisch isoliert – politisch, nicht territorial engagiert.

Die NATO-Übung «Carte Blanche» von 1955 simulierte Hunderte von Atomexplosionen über Deutschland, wie aus freigegebenen Analysen hervorgeht. WINTEX-CIMEX im Jahr 1983 reproduzierte dieselbe Logik mit fortschrittlicheren Instrumenten.

Über drei Jahrzehnte blieb die Botschaft dieselbe: Europa blieb das entbehrliche Schlachtfeld der US-Strategie – ein Schutzschild, kein Partner; ein Puffer, kein Nutzniesser.

1989 zog der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl während der Übung WINTEX-CIMEX sein Land aus dem Manöver zurück, nachdem er erkannt hatte, dass die NATO-Atomstrategie weiterhin die Zündung von Atomwaffen auf deutschem Boden vorsah. Dieser Vorfall, der später in aussenpolitischen Rückblicken Erwähnung fand, unterstrich, dass Europa selbst vierzig Jahre nach der Carte Blanche noch immer als Opferzone der US-Strategie galt.

Eine Frage, die Europäer selten stellen, ist, was an die Stelle von Carte Blanche und WINTEX-CIMEX getreten ist. Diese strategischen Grossübungen endeten nicht, weil Europa unantastbar geworden wäre. Sie endeten, weil die NATO zu Planungsregimen überging, die heute geheim sind, digitalisiert werden und in eine weitaus komplexere – und weitaus weniger öffentlich verständliche – Nuklearstrategie eingebettet sind.

Das Bündnis veröffentlicht keine Karten zum Einsatz von Atomwaffen mehr zur Analyse durch Journalisten. Es legt nicht mehr offen, wie viele europäische Städte geopfert würden, um einen Vormarsch zu stoppen. Die Logik ist nicht verschwunden; sie ist lediglich aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Die aktuellen NATO-Übungen – die als Abschreckung, Einsatzbereitschaft oder Resilienz dargestellt werden – finden heute hinter einem Netz aus beschränktem Zugang, verschlüsselten Simulationen und multinationaler Geheimhaltung statt. Die Öffentlichkeit sieht die Choreografie: Flugzeuge, die in Formation betankt werden, Panzerkolonnen, die Grenzen überschreiten, Kommandozentralen, die von Bildschirmen erleuchtet werden. Was die Öffentlichkeit nicht sieht, ist die Eskalationsleiter, die diesen Übungen innewohnt. Und wenn die Planungsdokumente der Vergangenheit eines lehren, dann, dass die ersten Stufen noch immer auf europäischem Boden stehen.

Die Geografie hat sich nicht verändert. Die Bündnisstruktur hat sich nicht verändert. Die zugrunde liegende Annahme – dass Europa das nukleare Risiko trägt, damit die Vereinigten Staaten es nicht tragen müssen – hat sich nicht verändert.

Wenn überhaupt, ist das heutige Schweigen noch beunruhigender als die begrenzte Transparenz des Kalten Krieges. Damals konnte Europa wenigstens die Pläne lesen, die es verurteilten. Heute soll es darauf vertrauen, dass diese Pläne nicht mehr existieren, nur weil sie nicht mehr offengelegt werden.

Doch jede geheime Übung, jedes Planspiel zur Eskalation und jede nicht-öffentliche Nuklearberatung hallt von derselben unbequemen Prämisse wider, die schon Carte Blanche und WINTEX-CIMEX leitete: Europa bleibt das Schlachtfeld der letzten Instanz, und Washington bereitet sich erneut auf einen Krieg vor, den es nicht auf eigenem Boden führen will.

Dennoch sprechen europäische Staats- und Regierungschefs weiterhin von der NATO, als wäre sie eine wohlwollende Versicherung – eine moralische Gemeinschaft, ein gemeinsames Schicksal, eine Familie.

Familien proben nicht dreissig Jahre lang die nukleare Vernichtung ihrer Mitglieder. Auffällig ist nicht das amerikanische Verhalten – das dem vorhersehbaren Rhythmus der Grossmachtstrategie folgt –, sondern Europas Weigerung, dieses Verhalten zu deuten.

Europas politische Vorstellungskraft wurde im warmen Nachglühen des Wiederaufbaus geformt. Die Hilfe des Marshallplans wurde zum Mythos. Der Nachkriegskonsens verhärtete sich zu einer festen Erzählung. Die Europäer begannen zu glauben, dass das, was die Vereinigten Staaten von Amerika für Europa wollen, auch das ist, was Europa braucht.

Die Ukraine hat diesen Glauben erschüttert. Nicht etwa aus böswilliger Absicht, sondern weil die USA strategisch denken – und Strategie kümmert sich nicht um Gefühle.

Aus amerikanischer Sicht bietet der Krieg in der Ukraine folgende Chancen:

- Einen Rivalen schwächen, ohne amerikanisches Territorium zu riskieren.
- Die NATO-Disziplin nach Jahrzehnten der Stagnation wiederherstellen.
- Europa von russischer Energie ab- und hin zu US-amerikanischem Flüssigerdgas (LNG) lenken.
- Die Waffenexporte ausweiten und die US-Rüstungsindustrie wiederbeleben.
- Europa in eine Abhängigkeitsstruktur zwingen, die auch nach Kriegsende bestehen bleibt.

Es ist ein geopolitischer Glücksfall – nahezu reibungslos für Washington, da die Belastung Europa trifft. Die europäischen Volkswirtschaften tragen den Energieschock. Die europäische Industrie verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Die europäische Bevölkerung trägt die Flüchtlingsströme. Die europäischen Grenzen tragen das Eskalationsrisiko. Die europäischen Staats- und Regierungschefs tragen die moralische Last, «am eingeschlagenen Kurs festzuhalten».

Währenddessen wiederholt Washington dasselbe Versprechen wie auf der WINTEX-CIMEX-Konferenz: Die USA werden helfen, aber Europa wird zahlen.

Europa zieht es vor, den Ukraine-Krieg als Verteidigung von Werten darzustellen, weil Werte als edel, sicher und unverhandelbar gelten. Die Vereinigten Staaten hingegen verteidigen keine Werte; sie nutzen Werte, um ihre Interessen zu legitimieren. Der Unterschied ist fundamental. Europa sucht nach einer moralischen Erzählung. Die Vereinigten Staaten von Amerika streben ein strategisches Ergebnis an.

Tragischerweise liefert die Ukraine beides: eine moralische Erzählung für Europa und ein strategisches Ergebnis für Washington. Russland zahlt mit Blut. Die Ukraine zahlt mit Zerstörung. Europa zahlt mit öffentlicher Blossstellung.

Besonders tragisch an diesem Moment ist, dass die Europäer glauben, die nukleare Logik des 20. Jahrhunderts hinter sich gelassen zu haben. Sie haben nichts überwunden. Sie haben lediglich aufgehört, die vorgegebenen Muster zu befolgen.

WINTEX-CIMEX war kein Relikt. Es fungierte als Betriebssystem hinter der NATO-Strategie – einer Strategie, die nach wie vor intakt ist, lediglich aktualisiert, digitalisiert und unter Begriffen wie Abschreckung, Vorwärtspräsenz und kollektive Verteidigung neu positioniert wurde.

Die zugrundeliegende Wahrheit hat sich nicht geändert. Sollte es zu einer Eskalation der NATO-Russland-Konflikts kommen, ist Europa das Schlachtfeld. Wenn es zum Atomkrieg kommt, wird Europa geopfert. Endet es in Trümmern, bleiben die Vereinigten Staaten von Amerika unversehrt.

Das ist Geografie, das ist Doktrin, das ist die Logik eines Bündnisses, das von einer Supermacht entworfen wurde, die einen Puffer brauchte, und von einem Kontinent, der zu traumatisiert war, um sich dem Bündnis zu verweigern.

Verschärft wird die Lage durch den zunehmenden Fokus der NATO auf kognitive Kriegsführung – ein explizites Bestreben, nicht nur Verhalten, sondern auch Wahrnehmung zu beeinflussen. Das NATO-Kommando für Transformation hat zu diesem Zweck offen ein Rahmenkonzept für kognitive Kriegsführung entwickelt. Der Kalte Krieg zerstörte europäische Städte in seinen Planungsdokumenten. Die neue Ära untergräbt die europäische Autonomie durch eine Art Narrativarchitektur. Die Kontrolle über Europas strategische Vorstellungskraft erfordert keine Besetzung Europas. Sie erfordert, dass Verhandlungen als Schwäche, Zurückhaltung als Verrat, Eskalation als Verantwortung, Übereinstimmung als Tugend und Zweifel als Illoyalität erscheinen.

Der Krieg in der Ukraine ist zum idealen Testfeld für diese psychologische Grammatik geworden. Die Europäer halten emotional an einer Erzählung fest, die sie auf die richtige Seite der Geschichte stellt, selbst wenn diese Erzählung sie an den Abgrund treibt – wie einst in erschreckenden Details bei WINTEX-CIMEX durchgespielt wurde.

Europa altert, schrumpft industriell, ist politisch zersplittert und spirituell erschöpft. Es klammert sich an die Vereinigten Staaten nicht, weil die Partnerschaft gleichberechtigt ist, sondern weil die Alternative unerträglich erscheint. Doch die Kosten dieser Abhängigkeit werden immer deutlicher. Europa kann sich keine Zukunft vorstellen, die nicht in Washington geschrieben wird.

Und Washington schreibt nicht für Europa – es schreibt für sich selbst.

Deshalb zieht jede Krise – Kosovo, Irak, Libyen, Afghanistan, Ukraine – Europa tiefer in eine Strategie hinein, die es nicht entworfen hat, für Ergebnisse, die es nicht definiert hat, mit Risiken, die es nicht beherrschen kann. Deshalb bricht die europäische Autonomie genau dann zusammen, wenn sie am wichtigsten ist. Deshalb wird Europa immer wieder von Ereignissen überrascht, die US-Dokumente schon Jahrzehnte zuvor vorhergesehen haben. Und deshalb driftet Europa 2025 und bald auch 2026 erneut auf eine Konfrontation zu, deren Eskalationsleiter derjenigen in WINTEX-CIMEX ähnelt. Denn die Logik bleibt bestehen: Europa ist das Schlachtfeld, und die Vereinigten Staaten von Amerika sind der Nutzniesser.

Der Zweck dieses Artikels und der folgenden ist weder Lob noch Verurteilung. Es geht um Erkenntnis. Europa muss sich seinem eigenen Spiegelbild stellen – nicht dem schmeichelhaften, in Brüssel propagierten Bild, sondern dem, das sich aus siebzig Jahren US-amerikanischer Planung ergibt.

Europa war nie der Beschützte. Europa war immer der Schutz. Die Frage ist nun, ob Europa die beiden weiterhin verwechseln – oder sich endlich den Konsequenzen des mangelnden Verständnisses stellen wird.

erschienen am 17. Dezember 2025 auf > The LIBERTARIAN INSTITUTE > Artikel
Thomas Karat ist leitender Angestellter in einem multinationalen Technologiekonzern und Verhaltensanalytiker mit einem Master in Wissenschaft und Kommunikation von der Manchester Metropolitan University. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Psychologie der Sprache in Machtdynamiken. Seine Masterarbeit untersuchte sprachliche Täuschungsmarker in hochkarätigen Geschäftsverhandlungen.

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_12_22_europaistamerikasopfer.htm

DER VERLEGER HAT DAS WORT

Vertrauensverlust

Bundesrat Ignazio Cassis sprach zum vorgesehenen EU-Anbindungsvertrag: «Sie wissen – und es ist kein Geheimnis –, dass wir ein positiv besetztes Wort haben mit «bilateralen Abkommen». [...] In der Europäischen Union ist das nicht der Fall, weil das suggeriert, dass die Schweiz einen Sonderstatus hat.» Das heisst: Brüssel verlangt in Zukunft statt Verträgen auf Augenhöhe, dass die EU bestimmt, die Schweiz übernimmt. Das ist im Sinne der EU-Unterwerfungsverträge, also das Gegenteil von dem, was der Bundesrat nun vorgaukelt. Die EU-Verträge sind das Ende von bilateralen Abkommen.

Die Ehrlichkeit in der Information hat der Bundesrat mittlerweile preisgegeben. Er versieht die Unterwerfung des Landes unter die EU neuerdings genau wie die Befürworter mit dem Gaunerwort «Bilaterale III». Wenn auch nur in Klammern. Die Begründung von Cassis für diese Umklammerung: Die FDP und die Mitte-Partei hätten das in der Vernehmlassung so gewünscht.

Dieser Betrug wird also damit begründet, man habe ihn der FDP und der Mitte zugeschrieben.

Zu Recht kritisiert sogar die «NZZ am Sonntag», dass der Bundesrat seine Glaubwürdig-



keit verliert, wenn er es nötig hat, zum Gauklerkasten des Polit-Marketings zu greifen. So verliert er das Vertrauen.

Das Gleiche gilt, wenn der Bundesrat bei der Abstimmung das Ständemehr ausschalten will. Niemand kann bestreiten, dass die neuen EU-Verträge die Bundesverfassung abändern. Eine solche Veränderung darf nur mit Zustimmung von Volk und Kantonen geschehen. Also ändert man den Wortlaut der Bundesverfassung nicht, wohlwissend, dass das EU-Recht in Zukunft über der Verfassung stehen wird. So wird die Bundesverfassung ausser Kraft gesetzt, ohne einen Buchstaben des geschriebenen Rechts abzuändern. Ein weiterer Vertrauensverlust.

E gfreuti Wuche

*Christoph Blocher*Quelle: <https://www.blocher.ch/2025/12/18/vertrauensverlust/>

Oskar Lafontaine am 19. Dezember 2025 Was unterscheidet die Bundesrepublik Deutschland noch von einer Bananenrepublik?

Es ist am Bundesverfassungsgericht, das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen. Dass der Bundestag den Antrag des BSW auf eine Neuauszählung der Bundestagswahl ablehnen würde, war zu erwarten. Wenn das BSW 5% der Stimmen hat, was die Zahlen mit hoher Wahrscheinlichkeit belegen, verlieren CDU/CSU, AfD, SPD, Grüne und Linke zusammen 35 Bundestagsmandate und Kanzler Merz seine Mehrheit. Es ehrt die AfD, dass sie angesichts der vielen Zählfehler und des knappen Ergebnisses dafür eintritt, neu auszuzählen. Die selbst ernannten demokratischen Parteien der Mitte – auch Grüne und Linke – haben kläglich versagt und gezeigt, dass ihnen der Erhalt einiger Bundestagsmandate oder die Treue zu Merz wichtiger sind als das Eintreten für Demokratie und Rechtsstaat.

In diesem Zusammenhang wird behauptet, auch wenn das Ergebnis sehr knapp sei, bestehe kein Anspruch noch einmal nachzuzählen.

Welch ein verlogenes Argument. Man stelle sich einen Moment vor, die CSU, die bei der Bundestagswahl 6% erreicht hat, hätte die 5%-Hürde um 9529 Stimmen verfehlt. Alle, die jetzt behaupten, bei einem knappen Ergebnis bestünde kein Anspruch, noch einmal nachzuzählen, würden sofort das Gegenteil behaupten. Oder noch drastischer: Bei der Bundestagswahl hätte die AfD 9529 Stimmen mehr als die CDU/CSU und die würden darüber entscheiden, wer den Kanzler stellt. Alle, die jetzt meinen, es bestünde kein Anspruch auf Nachzählung, würden schreien: Es muss sofort nachgezählt werden. Diese Verächter unserer Verfassung haben im Übrigen das Problem gar nicht erkannt. Das Auszählen in 95'000 Wahllokalen ist eine Art Messverfahren.

Wenn rund 50 Millionen Stimmen abgegeben wurden, kann man mit diesem Messverfahren die Stellen vor dem Komma selbstverständlich genau angeben, wahrscheinlich auch die erste Stelle nach dem Komma. 0,1% sind 50'000 Stimmen. Aber die zweite Stelle nach dem Komma kann man nicht mehr exakt messen. 0,01% sind 5000 Stimmen. Schon bei einer flüchtigen Überprüfung von wenigen Wahlbezirken bekam das BSW 4277 Stimmen hinzu. Und 0,001%, das sind 500 Stimmen, kann man mit dem Zählverfahren der Bundestagswahl nicht messen. Dennoch wurde das amtliche Wahlergebnis für das BSW mit 4,981% angegeben. Es fehlten also 0,019% der Stimmen. Aus den oben genannten Gründen können es genauso gut 5,01% oder 4,97% sein. Allerdings habe die wenigen bisherigen Überprüfungen systematische Zählfehler zulasten des BSW zutage gefördert, so dass die Wahrscheinlichkeit, dass bei einer Nachzählung zusätzliche BSW-Stimmen gefunden werden, ungleich wahrscheinlicher ist als das Gegenteil. Wahrscheinlich haben die sogenannten «Demokraten» ja auch genau deshalb eine solche Angst vor einer Neuauszählung. Neben dem Bundestag, der in eigener Sache entschieden hat, hat auch der Bundespräsident versagt. Er hätte längst erklären müssen: Es muss rechtssicher festgestellt werden, ob eine Partei 5% hat. Ebenso die Bundestagspräsidentin, die beim Einzug des BSW vielleicht ihr Mandat verlieren würde.

Jetzt kommt es auf das Bundesverfassungsgericht an. Es gibt viele Vorbehalte gegen die Verfassungsrichter. Sie sind von genau den Parteien vorgeschlagen worden, die die Mandate und die Regierungsmehrheit verlieren würden. Sie haben vor einiger Zeit mit der Bundesregierung zu Abend gegessen. Aber die Verfassungsrichter haben es jetzt in der Hand, das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit und das Funktionieren des Rechtsstaats wiederherzustellen.



Quelle: <https://www.facebook.com/oskarlafontaine>



Die USA streben nach Grönland – während das Streben nach Vorherrschaft beschleunigt wird

Brian Berletic*, Januar 5, 2026

Alles unter dem Deckmantel der «Friedenssuche» in einem Stellvertreterkrieg, den die USA selbst inszeniert haben und den sie de facto gegen Russland führen – lediglich über ihre ukrainischen Stellvertreter.
Brian Berletic

Die USA streben nach Grönland – während das Streben nach Vorherrschaft beschleunigt wird

Die USA bereiten weiterhin den Boden für eine umfassendere und gefährlichere Eskalation – sowohl durch die Ausweitung einer entstehenden globalen Seeblockade gegen russische, iranische und sogar chinesische Seeschifffahrt als auch durch die Vorbereitung Europas darauf, sich selbst in Washingtons Stellvertreterkrieg einzubringen, während die militärische Kampffähigkeit der Ukraine zusammenbricht. Das anhaltende (und nun erneuerte) Interesse der USA, Grönland von Dänemark zu übernehmen, dient der Erreichung beider Ziele.

Eine neue Basis für einen ausgeweiteten Stellvertreterkrieg mit Russland

Bestehende US-Militärbasen in Grönland liegen näher an Moskau als jede andere US-Militärbasis ausserhalb des europäischen Festlands (einschliesslich der Türkei) und des Vereinigten Königreichs.

Sollten die offenen US-Pläne, Europa dazu zu bringen, die Unterstützung für die Ukraine zu «verdoppeln» – einschliesslich der Ausweitung der militärisch-industriellen Produktion und der Waffenlieferungen an die Ukraine sowie der Vorbereitung «europäischer und nicht-europäischer Truppen», tatsächlich in die Ukraine einzumarschieren – im Rahmen einer von den USA geführten «Arbeitsteilung» umgesetzt werden, würden US-Militäreinrichtungen auf dem europäischen Festland und im Vereinigten Königreich Gefahr laufen, die USA selbst in einen daraus resultierenden russisch-europäischen Konflikt hineinzuziehen.

Die Übernahme Grönlands durch die USA ermöglicht es den USA nicht nur, ihre Seeblockade auszuweiten und die Nordostpassage ins Visier zu nehmen, sondern erlaubt es ihnen auch, ihre «Arbeitsteilung» in Europa im Rahmen ihres fortgesetzten Stellvertreterkriegs mit Russland aus relativ sicherer Entfernung vollständig umzusetzen.

Dies würde den Zweck dieser «Arbeitsteilung» zunichtemachen. Daher erlaubt entweder eine Reduzierung der US-Militärpräsenz auf dem europäischen Festland und im Vereinigten Königreich oder die Verlagerung wesentlicher Operationen nach Grönland den USA, enge, aber technisch indirekte Unterstützung für europäische Streitkräfte zu leisten, die gegen Russland kämpfen – auf die gleiche Weise, wie die USA derzeit enge, aber technisch indirekte Unterstützung für die Ukraine leisten.

Grönland könnte als Operationsbasis für fortgesetzte und wesentliche US-ISR-Unterstützung (Aufklärung, Überwachung und Reconnaissance) dienen, ohne die weder die ukrainischen noch die europäischen Stellvertreter der USA effektiv kämpfen und Russland erfolgreich überdehnen könnten.

Da die USA ausserhalb des grössten Teils Europas operieren würden, könnten sie im Falle eines russisch-europäischen Konflikts den Anschein plausibler Abstreitbarkeit aufrechterhalten – ausreichend, um sowohl sich selbst als auch Russland die Möglichkeit zu geben, eine Eskalation zu einem direkten US-russischen Krieg zu vermeiden, eine Eskalation, die sowohl Washington als auch Moskau vermutlich vermeiden wollen. Für die USA besteht der gesamte Zweck dieses Stellvertreterkriegs darin, dass ihre Stellvertreter die vollen Kosten des Konflikts tragen, während die USA die vollen Vorteile daraus ziehen. Für Moskau ist die Ausweitung des Ukraine-Konflikts zu einem europäisch-russischen Krieg mit US-Rückendeckung immer noch das kleinere Übel im Vergleich zu einem direkten US-europäisch-russischen Krieg.

Die USA bereiten eine globale Blockade vor

Seit Jahren veröffentlichen von US-Konzern- und Finanzinteressen finanzierte Denkfabriken politische Papiere, die Blockaden planen, um gleichrangige und beinahe gleichrangige Gegner zur Unterwerfung zu zwingen. An erster Stelle unter diesen Gegnern steht China.

Ein 2018 in der *US Naval War College Review* veröffentlichter Artikel mit dem Titel «A Maritime Oil Blockade Against China» beschreibt nicht nur eine Strategie, China durch eine Seeblockade abzuschneiden, sondern untersucht auch alle möglichen Wege, auf denen China versuchen würde, eine solche Blockade zu umgehen, und schlägt Massnahmen vor, um dies zu verhindern (die inzwischen umgesetzt wurden).

Chinas Belt-and-Road-Initiative (BRI) – ein Netzwerk von Landrouten, das es China ermöglicht, viele der wichtigsten maritimen Engpässe zu umgehen, die die USA durch jahrzehntelange militärische Expansion bedroht haben – wird als eines dieser möglichen Umgehungsmittel identifiziert. Das Papier schlägt vor, diese Routen anzugreifen und zu zerstören, wobei die Öl-Pipeline Myanmar-China als Beispiel dient.

Seit der Veröffentlichung des Papiers haben von den USA unterstützte Milizen tatsächlich begonnen, diese Pipeline physisch anzugreifen (und jüngst auch hier). Das Papier selbst legt nahe, dass die USA im Falle eines möglichen offenen US-chinesischen Konflikts selbst militärische Angriffe gegen solche Infrastruktur durchführen könnten.

Von den USA unterstützte Milizen haben auch chinesische BRI-Infrastruktur angegriffen, insbesondere in der südwestlichen pakistanischen Region Belutschistan, wo US-Politiker seit spätestens 2011 versuchen, BRI-Projekte zu beseitigen.

Das Papier von 2018 erwähnt auch Russland als wichtigen Partner Chinas, der eine lange Landgrenze teilt und bereits enorme Energiemengen nach China exportiert. Russland stellt eine erhebliche Herausforderung für US-Pläne dar, China durch maritime Blockaden zu strangulieren. Seit der Veröffentlichung des Papiers haben die USA ihren Stellvertreterkrieg gegen Russland selbst begonnen – und gezielt sowohl die russische Energieproduktion als auch russische Energieexporte ins Visier genommen.

Nominal «ukrainische» maritime Drohnen haben begonnen, russische Energieexporte weit über das Schwarze Meer hinaus anzugreifen und haben inzwischen Angriffe im Mittelmeer, im Kaspischen Meer und sogar vor der Küste Westafrikas durchgeführt.

Die *New York Times* selbst räumte in einem Artikel vom März 2025 mit dem Titel «The Partnership: The Secret History of the War in Ukraine» ein:

«...die Biden-Regierung hatte genehmigt, den Ukrainern beim Entwickeln, Herstellen und Einsetzen einer entstehenden Flotte maritimer Drohnen zu helfen, um Russlands Schwarzmeerflotte anzugreifen. (Die Amerikaner gaben den Ukrainern einen frühen Prototyp, der ursprünglich dazu gedacht war, einen chinesischen Seeangriff auf Taiwan abzuwehren.) Zunächst durfte die Marine Punkte von Interesse für russische Kriegsschiffe knapp ausserhalb der Hoheitsgewässer der Krim weitergeben. Im Oktober begann die CIA mit Spielraum für Aktionen innerhalb der Krim verdeckt, Drohnenangriffe auf den Hafen von Sewastopol zu unterstützen.»

Die Implikation ist, dass die USA sowohl die maritimen Drohnen liefern, mit denen russische Schiffe angegriffen werden, als auch die Drohnenangriffe selbst durch tiefgehende CIA-Beteiligung unterstützen. Jüngere «ukrainische» maritime Drohnenangriffe weit über das Schwarze Meer hinaus sind mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ergebnis US-Unterstützung, die nur durch Nutzung des globalen Netzes amerikanischer Militär- und Geheimdienststützpunkte möglich ist.

Diese Angriffe auf die russische Energieproduktion untergraben nicht nur Russlands eigene wirtschaftliche Stabilität, sondern erfüllen auch ein zentrales Ziel bei der Vorbereitung des Bodens für eine erfolgreiche maritime Blockade Chinas selbst – nämlich die Eliminierung oder starke Reduzierung der Fähigkeit Russlands, China im Falle einer von den USA verhängten Blockade Chinas zu unterstützen, in Verbindung mit Angriffen auf Chinas BRI-Infrastruktur.

Noch alarmierender sind Berichte, wonach die aktuelle und sich ausweitende verdeckte und offene Seeblockade der USA weltweit Schiffe ins Visier genommen hat, die nach China unterwegs waren – insbesondere vor der Küste Venezuelas in Lateinamerika.

Während die USA ihre verdeckten und offenen maritimen Beschlagnahmen und Blockaden weltweit ausweiten, «verkorkt» eine verstärkte US-Präsenz in Grönland im Wesentlichen die russisch-chinesische Nordostpassage – eine Seeroute, die die Beringstrasse mit der Norwegischen See über arktische Gewässer verbindet und bisher für die USA und ihre Stellvertreter weitgehend ausser Reichweite blieb.

Über blosse Kartenstudien und Spekulationen über US-Motive hinaus hat der derzeitige US-Aussenminister Marco Rubio eingeräumt, dass die Kontrolle Grönlands direkt mit der Kontrolle von Schifffahrtsrouten in der Arktis zusammenhängt.

In einem im Januar 2025 auf der offiziellen Website des Aussenministeriums veröffentlichten Interview erklärte Aussenminister Rubio ausdrücklich:

«... der Arktische Kreis und die Arktisregion werden für Schifffahrtsrouten entscheidend werden, dafür, wie man einen Teil der Energie transportiert, die unter Präsident Trump produziert werden soll – diese Energien

sind auf Schifffahrtsrouten angewiesen. Die Arktis verfügt über einige der wertvollsten Schifffahrtsrouten der Welt. Da ein Teil des Eises schmilzt, wird sie immer besser befahrbar. Wir müssen in der Lage sein, das zu verteidigen.

Wenn man also projiziert, was die Chinesen getan haben, ist es nur eine Frage der Zeit, denn sie sind keine arktische Macht. Sie haben keine arktische Präsenz, also müssen sie irgendwo einen Stützpunkt haben. Und es ist völlig realistisch zu glauben, dass die Chinesen irgendwann – vielleicht sogar kurzfristig – versuchen werden, in Grönland das zu tun, was sie am Panamakanal und an anderen Orten getan haben, nämlich Einrichtungen zu installieren, die ihnen Zugang zur Arktis verschaffen, unter dem Deckmantel eines chinesischen Unternehmens, die aber in Wirklichkeit einem doppelten Zweck dienen: In einem Moment des Konflikts könnten sie dort Kriegsschiffe stationieren und von dort aus operieren. Und das ist für die nationale Sicherheit der Welt und für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten völlig inakzeptabel.»

Während Aussenminister Rubio versucht, US-Handlungen als Reaktion auf eine angebliche chinesische Bedrohung darzustellen, besteht der Zweck eindeutig darin, jede mögliche Alternative zu den maritimen Engpässen zu schliessen, die die USA bereits durch ihre militärischen Kräfte im gesamten asiatisch-pazifischen Raum zu sperren bereit sind.

Die BBC zitierte in einem neueren Artikel US-Präsident Donald Trump, der ausdrücklich «chinesische und russische Schiffe als potenzielle Bedrohungen in den umliegenden Meeren» erwähnte.

Während viele Theorien darüber kursieren, warum die USA Venezuela und Grönland ins Visier nehmen – meist mit dem Argument eines US-«Rückzugs» aus der globalen Hegemonie –, zielen die USA in Wirklichkeit auf beide als Teil einer beschleunigten Einkreisung, Eindämmung und letztlich Vorherrschaft über Russland und China ab.

Venezuela ist nicht nur ein Faktor in einer wachsenden globalen Seeblockade, die die USA und ihre Stellvertreter schrittweise verhängen, sondern seine Ausschaltung durch militärisch erzwungenen Regimewechsel würde auch seine russischen, chinesischen und iranischen Verbündeten weiter isolieren.

Die Übernahme Grönlands durch die USA ermöglicht es den USA nicht nur, ihre Seeblockade auszuweiten und die Nordostpassage ins Visier zu nehmen, sondern auch, ihre «Arbeitsteilung» in Europa im Rahmen ihres fortgesetzten Stellvertreterkriegs mit Russland aus relativ sicherer Entfernung vollständig umzusetzen. Nur die Zeit wird zeigen, ob Russland, China und der Rest der aufstrebenden multipolaren Welt in der Lage sein werden, diesen beschleunigten US-Ambitionen entgegenzutreten oder ob sie durch unehrliche «Friedensabkommen» und Täuschungsmanöver eines angeblichen «Rückzugs» in die westliche Hemisphäre in die Irre geführt werden. Je früher diese US-Ambitionen offengelegt und gestoppt werden, desto eher können sie beendet werden – und desto geringer ist der Schaden, den sie der Welt zufügen können.

**Brian Berletic ist ein in Bangkok ansässiger geopolitischer Forscher und Autor.*

Quelle: US Seeks Greenland Grab as Pursuit of Primacy Accelerates

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-usa-streben-nach-groenland-waehrend-das-streben-nach-vorherrschaft-beschleunigt-wird/>



Jeffrey Sachs: Der US-Angriff auf Venezuela und die Entführung Präsident Maduros – Eine Analyse eines illegalen Akts

uncut-news.ch, Januar 4, 2026

In einer Welt, in der die Fragilität der Freiheit und die Notwendigkeit ihrer ständigen Verteidigung betont werden müssen, stellt der US-Militäreinsatz gegen Venezuela vom Januar 2026 einen erschreckenden Wendepunkt dar. In einem Interview vom 4. Januar 2026 mit dem Moderator Glenn analysiert der renommierte Ökonom, Professor an der Columbia University und langjähriger UN-Berater Jeffrey Sachs die Ereignisse. Sachs beschreibt den Angriff als «blatant illegalen, unprovzierten Akt» und als Symptom eines tiefgreifenden Wandels in den USA: Vom konstitutionellen Staat zu einem militärischen Regime unter «thuggish rule».

Dieser ausführliche Artikel basiert ausschliesslich auf dem Transkript dieses Interviews und fasst Sachs Argumente detailliert zusammen, ergänzt um den geopolitischen Kontext, den er selbst zeichnet.

Der Angriff als eklatante Verletzung des Völkerrechts

Sachs beginnt mit einer klaren Bewertung: «Clearly this is a blatantly illegal act.» Es handele sich um einen unprovzierten Angriff und eine «Entführung» (kidnapping) des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro. Dieser Akt stehe in einer langen Reihe illegaler US-Handlungen.

In den letzten Tagen und Wochen habe Präsident Trump täglich neue Länder bedroht:

- Bombardement Nigerias in der Vorwoche,
- Drohung mit Intervention in Iran, falls die Regierung Proteste unterdrücke,
- Die Invasion Venezuelas,
- Die Ernennung eines Sondergesandten für Grönland mit der Erklärung «Greenland will be ours» – eine Drohung gegen Europa.

Diese Aggressionen erfolgten per Exekutivdekret, ohne Rücksicht auf die US-Verfassung. Als ein Kongress-abgeordneter die Verfassung erwähnte, habe Trump gefragt: «What is he whining about? This is ridiculous.» Für Sachs enthüllt dies das Ende der konstitutionellen Herrschaft in den USA. Die Nation befinde sich nun in einem «military state», geleitet von roher Gangsterherrschaft (thuggish rule). Dies mache die Welt «extraordinarily dangerous», insbesondere im Nuklearzeitalter.

Sachs betont, dass die Geschichte noch nicht zu Ende sei. Die Festnahme Maduros bedeute nicht das Ende des Regimes. Venezuela verfüge über eine intakte Regierung, ein Militär, mobilisierte Gesellschaftsteile und viele Waffen. «This is not a simple smooth takeover», warnt er – Trump möge es sich so vorstellen, doch die Realität sei komplexer.

Die US-Geschichte von etwa 100 Regimewechsel-Operationen seit 1945 sei geprägt von Blutvergiessen, Instabilität, Putschen, Attentaten und Bürgerkriegen.

Das Schweigen der Institutionen: Medien, Kongress und Europa

Besonders alarmierend findet Sachs das Schweigen der US-Medien. Die *New York Times* als «paper of record» habe keine Warnung vor einem Angriff formuliert; ihr Editorial Board sei stumm geblieben. Der Kongress existiere «in no operational sense». Dies unterstreiche den Übergang zu einem System ohne Gegenkräfte.

Europa reagiere «pathetisch». Statt Empörung über die Verletzung der UN-Charta äusserten Führer nur Hoffnung auf baldige Stabilität. Sachs schlägt vor, den Nobelpreis in «Nobel War Prize» umzubenennen: 2025 ging er an María Corina Machado, die einen US-Militäreinsatz gegen Venezuela gefordert habe – und nun eingetroffen sei.

Europa schwanke zwischen «complete vassalage» gegenüber den USA und eigener Kriegshetze gegen Russland. Es fehle an Diplomatie, Frieden und Bindung an Multilateralismus.

Die wahren Ziele: Öltraub und imperiale Herrschaft

Trump habe offen erklärt: «The oil is ours.» US-Unternehmen würden zurückkehren und Geschäfte machen. Sachs nennt dies einen «crass grab for Venezuelan oil» – roher Imperialismus ohne völkerrechtliche Bindung.

Dies erinnere an die Zeit vor den beiden Weltkriegen, nur nun im Nuklearzeitalter mit einem «unhinged, undisciplined, crude bully» an der Spitze der USA, ohne europäisches Gegengewicht.

Für Lateinamerika sei dies eine Warnung: Trump proklamiere die US-Herrschaft über die Westliche Hemisphäre (erneuerte Monroe-Doktrin). Andere Mächte wie China sollen verdrängt werden.

Langfristige US-Projekte und falsche Narrative

Alle offiziellen Begründungen – Narco-Terrorismus, Verbindungen zu Hamas, Hisbollah, Iran, Russland, China – seien «blah blah blah», improvisierte Lügen. Die USA versuchten seit 23 Jahren, die linksgerichtete Regierung zu stürzen, die nationale Ressourcen kontrolliere.

Schon 2017 habe Trump bei einem Dinner gefragt: «Why don't I just invade Venezuela?» Marco Rubio, nun Aussenminister, sei der Hauptadvokat gewesen. Feiern venezolanischer Exilanten in Florida unterstrichen den innenpolitischen Aspekt (Swing State).

Sachs vergleicht es mit anderen «Projekten»:

- Ukraine: 30-jähriger Plan seit den 1990er Jahren,
- Syrien: 13 Jahre CIA-Bemühungen,
- Iran: Seit 1953 (Putsch gegen Mossadegh wegen Öl-Nationalisierung).

Venezuela besitze die grössten Ölreserven der Welt. Trump sei besonders thuggish, doch der Verfassungskollaps sei fortgeschritten.

Sachs vergleicht mit Rom: Die USA seien bereits im «Tiberius»-Stadium des Imperiums – mit Senate-Trap-pings, aber ohne echte Verfassung; Präsident bereichert sich und Freunde, regiert per Dekret, führt Kriege ohne Widerspruch.

Der Mythos «Demokratie bringt Frieden»

Sachs entlarvt die Idee, Demokratie führe zu Frieden, als «fairy tale» und «Orwellian idea». Historische Demokratien wie Athen, das britische Empire und die USA seien die aggressivsten Hegemone gewesen.

Der Nobelpreis an Machado passe zur Logik der letzten 30 Jahre: «War is peace» – Frieden durch militärischen Demokratie-Export.

Westliche Medien diffamieren Maduro als Diktator, um Freiheit zu suggerieren; die EU stehe «mit dem venezolanischen Volk» gegen den Präsidenten.

Globale Konsequenzen und Gefahr einer Eskalation

Die UN sei so nutzlos wie der Völkerbund in den 1930er Jahren; die USA versuchten sie zu zerstören. Russland und China verurteilten den Akt, würden aber nicht intervenieren. Der Rest der Welt (85%) solle sich wehren, doch Europa schweige.

Ein Angriff auf Iran (wahrscheinlich) wäre weit gefährlicher – Iran kein Pushover, mit Verbündeten. Der «contagion effect» der Gesetzlosigkeit führe zu unvorhersehbaren Katastrophen.

Ausblick: Instabilität und Spaltung in Trumps Basis

Der Erfolg hänge von den nächsten Tagen ab. Sachs' Vermutung: «Nothing will go smoothly.» Die Operation sei eine «decapitation», kein Regime-Sturz. Geschichte (z. B. Lindsey O'Rourke's Buch zu 64 covert Regime-wechseln 1947–1989) zeige meist anhaltende Instabilität.

Selbst bei Erreichung der Ziele (pro-US-Demokratie mit Chevron/Exxon) sei dies unwahrscheinlich. Trumps «America First»-Basis spalte sich: Tucker-Carlson-nahe Kreise sähen Verrat am Anti-Interventions-Mandat. Zur Ukraine: Kein Putin-Vergleich – beide seien US-Projekte. Trump wolle vielleicht Amerikas und Nahen Osten beherrschen, Europa/Russland überlassen – «lawlessness everywhere».

Schluss: Eine dringende Warnung

Sachs appelliert: Die Welt dürfe nicht untätig bleiben. Internationale Institutionen seien geschaffen worden, um einen Dritten Weltkrieg im Nuklearzeitalter zu verhindern. Als Amerikaner wolle er keine Thuggery, doch die Bürger würden nicht gefragt.

Trump werde sich als «Peacemaker» stilisieren, wie bei Iran, Gaza oder Ukraine.

Dieses Interview ist eine profunde Mahnung: Der Angriff auf Venezuela markiert den Zerfall des Völkerrechts und den Aufstieg eines lawless Hegemons – mit potenziell katastrophalen Folgen für die globale Stabilität.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
4.1.2026



Militärkommandant löst Rakete aus, die atomar bestückt werden kann.

© EvgenlyShkolenko/Depositphoto

Ein Atomkrieg bleibt hypothetisch – bis er Realität wird

Bereits mehrfach ist die Menschheit nur knapp einer Katastrophe entgangen. Doch statt abgerüstet, wird atomar aufgerüstet.

Noam Chomsky

upg. Noam Chomsky ist emeritierter Professor an der US-University MIT und Autor zahlreicher Bücher über die Aussenpolitik der USA. Folgenden Beitrag veröffentlichte er erstmals im Jahr 2014, also noch vor dem Krieg in der Ukraine. Er ist aktueller denn je. Das existenzielle atomare Risiko wird gerne verdrängt.

Eine ausserirdische Spezies würde die Geschichte des Homo sapiens wahrscheinlich in zwei Epochen unterteilen: Die Zeit vor und die Zeit mit Atomwaffen. Die Ära mit Atomwaffen begann am 6. August 1945 mit dem ersten Tag des Countdowns bis zum möglicherweise unrühmlichen Ende dieser seltsamen Spezies Mensch. Diese erlangte zwar die Intelligenz, um Mittel zu ihrer Selbstzerstörung zu entdecken, aber nicht die moralische und intellektuelle Fähigkeit, ihre schlimmsten Instinkte zu zügeln.



Zeitungen melden den US-Angriff mit einer Atombombe in Japan. © cc

Der erste Tag des Zeitalters mit Atomwaffen war geprägt vom «Erfolg» von Little Boy, der Atombombe, welche die Amerikaner über Hiroshima abwarfen. Drei Tage später zerstörten sie Nagasaki. Das war der Anfang einer Ära, die uns bis heute überleben liess – was uns staunen lässt. Wie viele Jahre das noch so bleibt, ist ungewiss.

«Wir haben [das Zeitalter mit Atombomben] bisher durch eine Kombination aus Geschick, Glück und göttlicher Intervention überlebt, wobei ich vermute, dass Letzteres den grössten Anteil daran hatte.» Das erklärte 1994 General Lee Butler, ehemaliger Leiter des US-Strategischen Kommandos (Stratcom), das für Atomwaffen und Strategie zuständig ist.

Rückblickend beschrieb er sich reumütig als «einen der eifrigsten Verfechter von Atomwaffen». Doch er habe erkannt, dass es nun seine Pflicht sei, «alle davon zu überzeugen, dass die Atomwaffen uns äusserst schlecht bekommen sind». Er fragte: «Mit welchem Recht massen sich Generationen von Staatschefs in den Atomwaffenstaaten an, über die Überlebenschancen unseres Planeten zu entscheiden?»

Lee Butler nannte den strategischen Plan der USA von 1960, der einen automatisierten Totalangriff auf die kommunistische Welt vorsah, «das absurdeste und unverantwortlichste Dokument, das ich je gesehen habe». Das sowjetische Pendant war wahrscheinlich noch wahnsinniger.

Überleben im frühen Kalten Krieg

Die gängige Doktrin besagt, dass staatliche Politik in erster Linie der «nationalen Sicherheit» diene. Doch vieles spricht dafür, dass damit nicht die Sicherheit der Bevölkerung gemeint ist. Die Gefahr einer totalen Zerstörung durch Atomwaffen spielte in den Konflikt-Szenarien kaum eine Rolle – damals wie heute.

In den frühen Jahren des Atomzeitalters waren die USA übermächtig: Sie kontrollierten die westliche Hemisphäre, den Atlantik, den Pazifik und die gegenüberliegenden Küsten. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg waren sie das reichste Land der Welt. Während des Krieges boomte die Wirtschaft, während andere Industriestaaten zerstört oder geschwächt wurden. Nach Kriegsende besaßen die USA etwa die Hälfte des Weltvermögens und einen noch grösseren Anteil der globalen Produktionskapazitäten.

Trotzdem entstand eine Bedrohung: Interkontinentalraketen mit Atomsprenköpfen. Diese Gefahr analysierte McGeorge Bundy, nationaler Sicherheitsberater während der Präsidentschaften von Kennedy und Johnson, in seinem Buch: «Danger and Survival: Entscheidungen über die Bombe in den letzten 50 Jahren». Bundy schrieb: «Die Entwicklung ballistischer Raketen während der Eisenhower-Regierung war eine der besten Entscheide dieser acht Jahre. Doch ohne diese Raketen wären die USA und die Sowjetunion heute womöglich einer viel geringeren Gefahr ausgesetzt.» Er fügte hinzu: «Mir ist kein ernsthaftes Bemühen bekannt, weder in den USA noch in der Sowjetunion, ballistische Raketen durch Abkommen zu verbieten.»

Mit anderen Worten: Niemand dachte daran, die grösste Bedrohung – die Gefahr eines Atomkrieges – zu verhindern. Hätte man sie beseitigen können? Sicher wissen wir es nicht, aber es war denkbar. Die Sowjetunion, technologisch und wirtschaftlich weit zurück, stand in einer weitaus bedrohlicheren Lage den übermächtigen USA gegenüber. Doch in der Hysterie jener Zeit dachte niemand ans Abrüsten.

Ein Blick auf die Rhetorik zentraler offizieller Dokumente jener Zeit, wie des National Security Council Paper NSC-68, bleibt bis heute erschreckend.

Deutsche Wiedervereinigung gegen den Willen des Volkes verhindert

Ein bemerkenswerter Vorschlag des sowjetischen Machthabers Josef Stalin aus dem Jahr 1952 bot eine Gelegenheit, die Spannungen zu entschärfen. Stalin war bereit, Deutschland die Wiedervereinigung mit freien Wahlen zu erlauben – unter der Bedingung, dass es keinem feindlichen Militärbündnis beitrifft. Ange-

sichts der Tatsache, dass Deutschland Russland im vergangenen halben Jahrhundert zweimal verwüstet hatte, war diese Forderung nachvollziehbar.

Der angesehene Kommentator James Warburg nahm Stalins Angebot ernst, doch die meisten ignorierten oder verspotteten es sogar. Spätere Forschungen warfen ein neues Licht auf die Angelegenheit. Der Antikommunist und Sowjetologe Adam Ulam nannte Stalins Vorschlag ein «ungelöstes Rätsel»: «War Stalin wirklich bereit, die neu gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf dem Altar der echten Demokratie zu opfern?» Washington habe jedoch Stalins Vorschlag «mit wenig überzeugenden Argumenten» zurückgewiesen.

Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Archiven überraschten viele Historiker. Melvyn Leffler, ein führender Experte zum Thema Kalter Krieg, stellte fest, dass selbst der gefürchtete Geheimdienstchef Lavrenti Beria dem Westen eine Vereinigung und Neutralisierung Deutschlands anbot. Beria war bereit, «das kommunistische Regime in Ostdeutschland zu opfern, um die Ost-West-Spannungen abzubauen» und die innenpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Russland zu verbessern. Doch die USA zogen es vor, Westdeutschland in die Nato zu integrieren, statt ein vereintes, neutrales Deutschland zu schaffen.

Die Interessen der Bevölkerung spielten keine Rolle.

Die Kubakrise und darüber hinaus

Nach Stalins Tod übernahm Nikita Chruschtschow 1953 die Macht. Auch ihm war klar, dass die UdSSR militärisch nicht mit den USA konkurrieren konnte. Um die wirtschaftliche Rückständigkeit und die Folgen des Kriegs zu überwinden, wollte er das Wettrüsten beenden. Er schlug eine drastische gegenseitige Reduzierung der Offensivwaffen vor. Doch die neue Kennedy-Regierung lehnte ab und setzte stattdessen auf eine rasche militärische Aufrüstung – die grösste in Friedenszeiten, wie der verstorbene Kenneth Waltz feststellte: «Wir taten dies, obwohl das Gleichgewicht der strategischen Waffen stark zugunsten der USA ausfiel.»

Auch diese Politik erfolgte zum Schaden der nationalen Sicherheit und zu Gunsten einer stärkeren Staatsmacht.

Der US-Geheimdienst bestätigte, dass Chruschtschow die sowjetischen Streitkräfte tatsächlich massiv kürzte, sowohl in Bezug auf Flugzeuge als auch auf Personal. Als eine Geste zog er Truppen aus Ostdeutschland ab und forderte Washington auf, dies in Westdeutschland zu erwidern. Doch auch dieses Angebot wurde abgelehnt. William Kaufmann, ehemaliger Spitzenberater des Pentagon und führender Analyst für Sicherheitsfragen, nannte dies später «das grösste Bedauern meiner Karriere».

Die sowjetische Reaktion auf das fortgesetzte Aufrüsten der USA bestand darin, im Oktober 1962 Atomraketen in Kuba zu stationieren, um das Gleichgewicht zumindest ein wenig wiederherzustellen. Dieser Schritt war auch eine Reaktion auf Kennedys Terrorfeldzug gegen Fidel Castros Kuba, der noch im selben Monat zu einer US-Invasion führen sollte. Die folgende «Raketenkrise» bezeichnete Historiker Arthur Schlesinger, Kennedys Berater und Vertrauter, als «den gefährlichsten Moment in der Geschichte».

Chruschtschow bot an, die Krise durch einen beidseitigen Abzug der Raketen – aus Kuba und aus der Türkei – zu lösen. Kennedy lehnte jedoch einen öffentlichen Abzug der US-Raketen aus der Türkei ab, um das Recht der USA, Raketen weltweit zu stationieren, nicht in Frage zu stellen. Chruschtschow gab nach. Die USA zogen ihre Raketen aus der Türkei ab, ohne dies bekanntzugeben.

Zehn Jahre später, während des Israel-Arabischen Krieges von 1973, rief Henry Kissinger, nationaler Sicherheitsberater von Präsident Nixon, eine nukleare Alarmstufe aus. Damit wollte er die Russen warnen, sich nicht in seine heiklen diplomatischen Manöver einzumischen, die einen begrenzten israelischen Abzug sichern sollten. Die USA und Russland hatten zwar einen Waffenstillstand vereinbart, doch Kissinger ermunterte Israel heimlich, diesen zu ignorieren. Die nukleare Drohung sollte Russland abschrecken.

Die Sicherheit der amerikanischen Bevölkerung spielte dabei keine Rolle.

Ein mutiger Mann verhinderte einen Atomkrieg

1983 verschärfte die Reagan-Regierung die Spannungen weiter. Sie testete die sowjetische Luftabwehr mit simulierten Angriffen und erhöhte die nukleare Alarmstufe. Gleichzeitig stationierten die USA strategische Pershing-II-Raketen in Europa, die Moskau innerhalb von fünf Minuten erreichen konnten.

Präsident Reagans «Strategic Defense Initiative» («Star Wars») – von den Russen als Erstschlagwaffe interpretiert – verstärkte die Unsicherheit. Die Lage blieb angespannt.

Diese Massnahmen lösten in Russland grosse Besorgnis aus. Anders als die USA war Russland sehr verwundbar. 1983 führte dies zu einer ausgeprägten Kriegsangst. Neu veröffentlichte Archivdokumente zeigen, dass die Gefahr grösser war, als Historiker bisher vermutet hatten. Eine CIA-Studie mit dem Titel «The War Scare Was for Real» kam zu dem Schluss, dass der US-Geheimdienst die russischen Bedenken und die Gefahr eines präventiven russischen Atomschlags möglicherweise unterschätzt hatte. Die Manöver «wurden beinahe zum Auftakt eines präventiven Atomschlags», berichtete das «Journal of Strategic Studies».

Noch brisanter wurde es, wie die BBC 2013 berichtete, als während dieser spannungsgeladenen Zeit russische Frühwarnsysteme einen Raketenangriff aus den USA meldeten. Daraufhin setzte Russland sein Nuklearsystem in höchste Alarmstufe. Das Protokoll des sowjetischen Militärs sah vor, mit einem eigenen Atomschlag zu reagieren. Doch der diensthabende Offizier Stanislav Petrov entschied, den Befehl zu missachten und die Warnungen nicht an seine Vorgesetzten weiterzuleiten. Er erhielt eine offizielle Rüge – und bewahrte die Welt vor einem Atomkrieg. (Siehe *«Der Mann, der die Welt vor einem Atomkrieg rettete»*, Infosperber vom 4.6.2022)

Die Sicherheit der Bevölkerung als oberste Priorität spielte für die Reagan-Regierung ebenso wenig eine Rolle wie für ihre Vorgänger.

Daran hat sich bis heute nichts geändert, selbst wenn man die zahlreichen Beinahe-Katastrophen mit Atomwaffen ausser Acht lässt. Viele dieser Vorfälle beschreibt Eric Schlosser in seiner erschreckenden Studie *«Command and Control: Nuclear Weapons, the Damascus Accident, and the Illusion of Safety»* (Befehl und Kontrolle: Atomwaffen, der Unfall von Damaskus und die Illusion der Sicherheit). Kurz gesagt: General Butlers Schlussfolgerungen lassen sich kaum widerlegen.

Überleben nach dem Kalten Krieg

Die Bilanz der Massnahmen und Doktrinen nach dem Kalten Krieg sind wenig beruhigend. Jeder Präsident, der etwas auf sich hält, braucht eine Doktrin. Die Clinton-Doktrin lautete zusammengefasst: «Multilateral, wenn wir können, unilateral, wenn wir müssen». An einem Kongress-Hearing erfuhr man, was «wenn wir müssen» bedeutet: Die USA beanspruchen das Recht, «einseitig militärische Gewalt anzuwenden», um «ungehinderten Zugang zu wichtigen Märkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen» zu sichern.

In der Clinton-Ära veröffentlichte Stratcom eine wichtige Studie mit dem Titel *«Essentials of Post-Cold War Deterrence»* (Grundlagen der Abschreckung nach dem Kalten Krieg). Sie erschien lange nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und untersuchte «die Rolle von Atomwaffen in der Zeit nach dem Kalten Krieg». Eine zentrale Schlussfolgerung lautete: Die USA müssen sich das Recht auf einen Erstschlag vorbehalten, auch gegen Staaten ohne Atomwaffen. Zudem sollten Atomwaffen stets einsatzbereit sein, um «jede Krise oder jeden Konflikt zu überschatten». Einsatzbereite Atomwaffen – so die Logik – wirken wie eine gezückte Pistole bei einem Überfall – auch wenn man nicht abdrückt.

Gleichzeitig trieb Clinton die Nato-Erweiterung in Richtung Osten voran – trotz gegenteiliger Zusagen an Michail Gorbatschow.

Die Folgen dieser Politik wirken bis heute nach.

Stratcom riet weiter, «nicht zu rational zu planen». Einfach alles sollte ins Visier genommen werden. «Es schadet uns, wenn wir uns als zu rational und besonnen darstellen. [...] Dass die USA irrational und rachsüchtig werden können, wenn ihre vitalen Interessen angegriffen werden, sollte Teil des nationalen Selbstbildes sein, das wir vermitteln.» Es sei «vorteilhaft, wenn einige Elemente potenziell «ausser Kontrolle» zu sein scheinen» und somit eine ständige Gefahr eines Atomangriffs darstellen.

Diese Politik verstösst klar gegen die UN-Charta – falls das jemanden interessiert.

Es geht nicht um die oft beschworenen edlen Ziele oder um die Verpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag, «in guten Treuen» auf die Abschaffung von Atomwaffen hinzuarbeiten. Stattdessen hallt eine Adaption von Hilaire Bellocs berühmtem Couplet über die Maxim-Maschinengewehre nach: «Was auch immer geschieht, wir haben die Atombombe, und sie haben sie nicht.»

Barack Obama sprach zwar mit schönen Worten von der Abschaffung von Atomwaffen, plante jedoch gleichzeitig, in den nächsten dreissig Jahren eine Billion Dollar in das US-Atomwaffenarsenal zu investieren. Laut einer Studie des James Martin Center for Nonproliferation studies entsprach das einem Anteil am Militärbudget, der «mit den Ausgaben für die Beschaffung neuer strategischer Systeme in den 1980er Jahren unter Präsident Ronald Reagan vergleichbar ist».

Die riskante Tötung von Osama Bin Laden

Obama scheute auch nicht davor zurück, politisch mit dem Feuer zu spielen. Ein Beispiel ist die Tötung von Osama bin Laden durch Navy SEALs. In einer Rede zur nationalen Sicherheit im Mai 2013 lobte Obama die Operation, räumte jedoch ein, dass sie nicht Norm sein könne. Denn die Risiken seien «immens» gewesen.

Einige Details machen die Risiken deutlicher: Die SEALs hatten den Befehl, sich notfalls freizukämpfen. Wären sie «in einen längeren Feuerwechsel verwickelt worden», hätte die gesamte US-Streitmacht eingegriffen, um sie zu retten.

Pakistan, das über ein starkes Militär und über Atomwaffen verfügt, hätte darauf reagiert. (Siehe *«Islamisten wollen in Pakistan an die Drücker der Atombomben»*, Infosperber vom 11.11.2019.) Die pakistanische Bevölkerung war durch Washingtons Drohnenangriffe und anderer Massnahmen bereits radikalisiert. Während die SEALs noch in Bin Ladens Anwesen waren, wurde der pakistanische Stabschef Ashfaq Parvez Kayani über den Überfall informiert. Er befahl dem Militär, «allen unbekannten Flugzeugen entgegenzutreten», von

denen er annahm, dass sie aus Indien kommen würden. Gleichzeitig befahl US-Kriegskommandeur General David Petraeus, in Kabul Kampfflugzeuge zu starten, falls Pakistan seine Jets losschicken sollte. Die Risiken wurden ohne erkennbare Besorgnis in Kauf genommen. Wie Obama sagte, verhinderte nur Glück das Schlimmste.

Und wie General Butler 1994 bemerkt hatte, grenzt es an ein Wunder, dass wir der atomaren Zerstörung bisher entgangen sind. Doch je länger wir das Schicksal herausfordern, desto wahrscheinlicher wird es, dass uns kein weiteres Wunder mehr rettet.

(Übersetzung und Zwischentitel von Infosperber)

Gibt es noch Staaten mit funktionsfähiger Demokratie?

AnderweltOnline.com, von Peter Haisenko, Januar 2, 2026



Helmut Schmidt sagte dereinst, die Demokratie ist alles andere als ideal, aber wir haben zur Zeit nichts besseres. In der BRD hat sich Demokratie zu «unserer Demokratie» gewandelt und das ist alles andere als eine Verbesserung. Muss man also verzweifeln oder gibt es Länder, in denen man von einer funktionsfähigen Demokratie sprechen kann?

Bei der Demokratie ist elementar, wie sie organisiert ist. Es gibt etliche Abarten der Demokratie. Wir kennen eine Präsidialdemokratie, eine mit Mehrheitswahlrecht und eine mit Verhältniswahlrecht. Interessant ist, dass die USA, England und Frankreich allen Ländern, denen sie Demokratie verordnet haben, eine andere befohlen haben, als sie selbst haben. Allen diesen demokratisierten Ländern wurde das Verhältniswahlrecht auferlegt. Wie wir lernen mussten, verhindert diese Abart der Demokratie stabile Mehrheiten und die Länder werden über die Jahre unregierbar. Was hat es noch mit Demokratie zu tun, wenn sich eine Partei Wahlsieger nennen darf, die gerade mal 22,8 Prozent erreichen konnte, wie in Berlin? Und dann auch noch regiert. Also regiert, gegen den erklärten Willen von 77,2 Prozent der Wähler.

Der Sinn von Demokratie sollte sein, dass ein Staat, ein Volk, so regiert wird, wie es die Mehrheit der Wähler wünscht. Damit ist schon ersichtlich, dass dieser Ursinn nicht erfüllt werden kann, wenn für eine Regierungsbildung eine Koalition gebildet werden muss, wohlmöglich aus mehr als zwei Parteien. Die Wähler dieser Parteien haben ihre Stimme eben nicht einer Koalition gegeben, sondern nur der einen Partei, die sie an der Regierung haben wollen. Oder einer Partei, die sie zwar auch nicht mögen, aber mit ihrer Wahlausage eine andere verhindern wollen. Wohlmöglich wollten sie mit ihrer Stimme genau die Partei verhindern, die jetzt in der Koalition doch mitregieren kann.

Betrachten wir dazu die aktuelle Situation in der BRD. Die Wähler der CDU/CSU wollten keine SPD in der Regierung und andersherum eben nicht die CDU/CSU. Die Wähler der anderen Parteien wollten weder CDU noch SPD als Regierungspartei haben. So haben wir den Zustand, dass wir von einer Koalition regiert werden, die so niemand, ja niemand haben wollte. Die Zustimmungsraten zur aktuellen Regierung zeigen das deutlich. Das ist «unsere Demokratie».

Europa rutscht in die Unregierbarkeit

In den anderen europäischen Staaten sieht es nicht besser aus. Mit wenigen Ausnahmen. Frankreich ist aktuell unregierbar und in England wechseln die Premierminister in immer kürzeren Intervallen. Interessanterweise hat Italien mit Meloni eine Regierung, die so stabil ist, wie selten eine zuvor. Ach ja, Meloni ist ja rechtsradikal, aber es scheint den Italienern zu gefallen. Überhaupt die «Brandmauer». Auch die BRD hätte nach der letzten Wahl eine stabile Regierung haben können, wenn die mit der AfD gebildet worden wäre. Zwischen der AfD und den «Christlichen» gäbe es grosse Schnittmengen, die wahrscheinlich zu einer Regierung hätten führen können, die nicht von einer grossen Mehrheit abgelehnt wird. So aber darf man baldige Neuwahlen erwarten. Die Koalition wird nur noch aufrecht erhalten vom Willen, an den Fleischtöpfen der Ämter zu bleiben, bis die Zeit für eine satte Pension abgesessen ist. Und natürlich die AfD fernzuhalten. Das ist «unsere Demokratie».

Die USA haben faktisch ein Zweiparteiensystem, aber das funktioniert auch nicht mehr. Ganz gleich, wer gerade an der Macht ist, wird die andere Partei alles tun, Erfolge der anderen zu torpedieren. Ohne Rücksicht auf den Wählerwillen oder sogar gegen ihre eigene Überzeugung. Hauptsache, der «Feind» kann nicht reüssieren. Aber warum ist das so? Eben weil keine der Parteien und keine Regierung so handelt, dass eine solide Mehrheit zustimmen will und kann. Da tun die Systemmedien das ihre dazu. Stabile Regierungen sind von den wahren Herrschern unerwünscht. Da können die nicht mehr so leicht manipulieren, um ihre gänzlich undemokratischen Ziele durchzusetzen.

Demokratie bringt keinen Frieden

Nun sagt man ja der Demokratie als solcher die schönsten Dinge nach. Sie soll Frieden stiften, Freiheit und Fortschritt bringen und überhaupt zufriedene Bürger. Nichts davon hat sie gebracht. Jedenfalls im Westen. Niemals hat es so viele Kriege gegeben, wie nach dem Siegeszug der Demokratie. Die soziale Schere öffnet sich immer weiter, die Gesellschaften sind zutiefst gespalten und unzufrieden. Das Grundproblem unserer Demokratie ist, dass niemand mehr für irgendetwas Verantwortung übernehmen muss und will, ja nicht einmal kann, wenn er es wollte. Interessanterweise hat das Hitler so im ersten Drittel seines «Mein Kampf» ausführlich beschrieben und wo es hinführen wird. Ob das der wahre Grund ist, für das Verbot dieses Buchs? Und seine Liebe und Bewunderung für England, mit dem er gemeinsam gegen die Sowjets ziehen wollte. Ach ja, diesen Pakt haben ja jetzt Merz und Pistorius erreicht. Merz, der Enkel eines strammen NSDAP-Mitglieds.

Aber wie könnte denn eine Demokratie aussehen, die im Sinn der Wähler wirklich funktioniert? Eigentlich ist das ganz einfach. Eine gewählte Regierung, ein Präsident, handelt so, wie sich die Wähler das wünschen. Er hat das Wohl seines Landes und seiner Bürger an die erste Stelle gestellt, bringt die Wirtschaft voran und es geht aufwärts. Das macht er so gut, dass die Wähler in Mehrheit zufrieden sind mit der Regierungsarbeit. Bei der nächsten Wahl wird er mit noch besseren Werten wiedergewählt. Es gibt keinen Grund für einen Wechsel der Regierungsmannschaft oder der Regierungspartei.

Zu viel Macht für Minderheiten

Allerdings wird auch diese Regierung keine Zustimmung finden bei mehr als 80 Prozent der Wähler. Es sind immer etwa 20 Prozent, die immer etwas zum Meckern haben oder einfach Opposition spielen wollen. Schliesslich kann man es nicht allen recht machen. Schon der Versuch ist zum Scheitern verurteilt. Also lässt man es besser. Schliesslich ist Demokratie die Herrschaft der Mehrheit, was aber mit zu wenig Bildung zur «Diktatur des Proletariats» führen wird. Oder auch zur Diktatur der (System-)Medien, wie wir es im Westen schon lange erleben. Jede Demokratie wird auch scheitern, wenn Rechte für Minderheiten überproportional in den Vordergrund gestellt werden. Oder wenn Abmahnvereine wie zum Beispiel die DUH, die Deutsche Umwelthilfe, mit weniger als 500 Mitgliedern, den politischen Willen pervertieren, indem sie für ihre Minderheitsinteressen vor Gerichte ziehen und auch noch gewinnen dürfen.

Ist die Demokratie also am Ende und muss abgeschafft werden? Oder gibt es Länder, wo Demokratie noch funktioniert? Wo die gewählte Regierung so handelt, dass die Wähler zufrieden sind und die Regierung im Amt bestätigen? Mit absoluter Mehrheit? Mit der Beantwortung dieser Frage begibt man sich in ein Haifischbecken. Ja, es gibt diese Beispiele. Allerdings werden die von vorn herein als undemokratisch, Regime und Autokratien verunglimpft. Eben weil es sie gibt und die so gut funktionieren, dass «unsere Demokratie» sich schämen muss, dass sie nicht ansatzweise ähnlich gute Arbeit abliefert. In Europa heissen diese Länder Russland, Weissrussland und Ungarn. Obwohl ich seit 1990 immer wieder in Russland war, dienstlich und privat, das letzte Mal 2020, werde ich nicht von meinen Erfahrungen berichten. Die sind zwar positiv, aber nebensächlich. Was zählt ist das Votum der Wähler dort. Seit Präsident Putin regiert, wird er mit wachsender Zustimmung immer wiedergewählt. Eben weil er das tut, was die Wähler wünschen.

Das jämmerliche Ergebnis eines Vergleichs

Ich stelle aber einen Vergleich vor, zwischen russischem Wohnungsbau und dem deutschen: «In Russland wurden bis zum Jahresende mehr als 100 Millionen m² Wohnfläche fertiggestellt. Bis zum 1. Dezember waren es fast 92 Millionen m², doch aktuell hat die operative Umsetzung die 100-Millionen-Marke bereits überschritten. Wir blicken daher optimistisch auf die Fertigstellung von Wohn- und Nichtwohnummobilien», sagte Bauminister Irek Fayzullin. Er fügte hinzu, dass sich derzeit 2,45 Mio. Wohnungen (121 Mio. m²) im Bau befinden – rechnet man Nichtwohnflächen hinzu, sind es sogar fast 202 Mio. m².

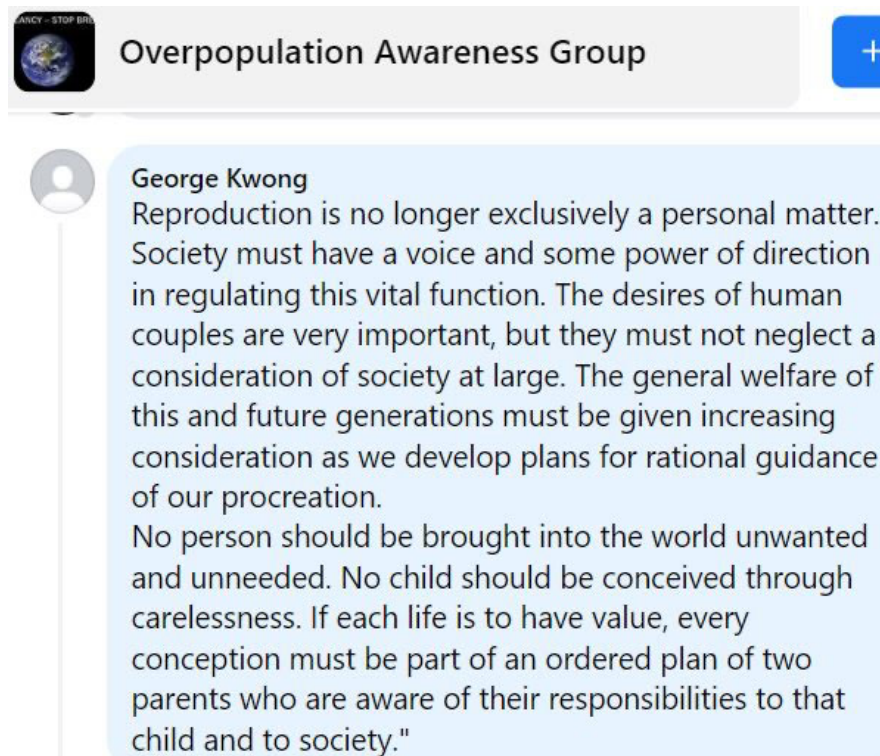
In Deutschland hingegen fallen die Ergebnisse deutlich bescheidener aus. Während man in Russland Rekorde feiert, lahmt der hiesige Bausektor auf beiden Beinen. Trotz enormer Anstrengungen beim Ausfüllen von Berichten, Formularen und der Einhaltung bürokratischer Klimaschutz-Auflagen wurden lediglich rund 25 Mio. m² fertiggestellt. Während die Behörden damit beschäftigt sind, die Zettelwirtschaft zu digitalisieren, wartet die Realität draussen vergeblich auf neuen Wohnraum.

Da muss man nicht mehr daran erinnern, dass Russland innerhalb von zwei Jahren die längste Brücke Europas fertiggestellt hat, die über den Kertsch zur Krim, inklusive Planung. Dazu erinnere ich aber an die armen Geschädigten im Aartal, deren Situation immer noch nicht bereinigt ist. So kann man sagen, dass durchaus funktionsfähige Demokratien möglich sind. Nur eben «unsere Demokratie» bedarf einer kompletten Neuaufstellung und nein, eine einfache Renovierung wird nicht ausreichen. Sehen Sie sich das Bild unten an und überlegen Sie, ob wir in Deutschland nicht besser dran wären mit einem System, wie es in Russland beste Ergebnisse bringt. Mit einem Mann wie Putin, anstatt mit Schröder, Merkel, Scholz und Merz. Demokratie als solche kann funktionieren, nur eben «unsere» nicht.



Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20261/gibt-es-noch-staaten-mit-funktionsfaehiger-demokratie/>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Zusammengestellt von Achim Wolf, Deutschland

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



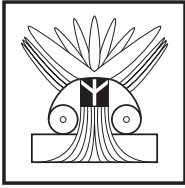
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand <beschreibt>, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol <Tod, Todesexistenz> beinhaltet das Symbol <Frieden> eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

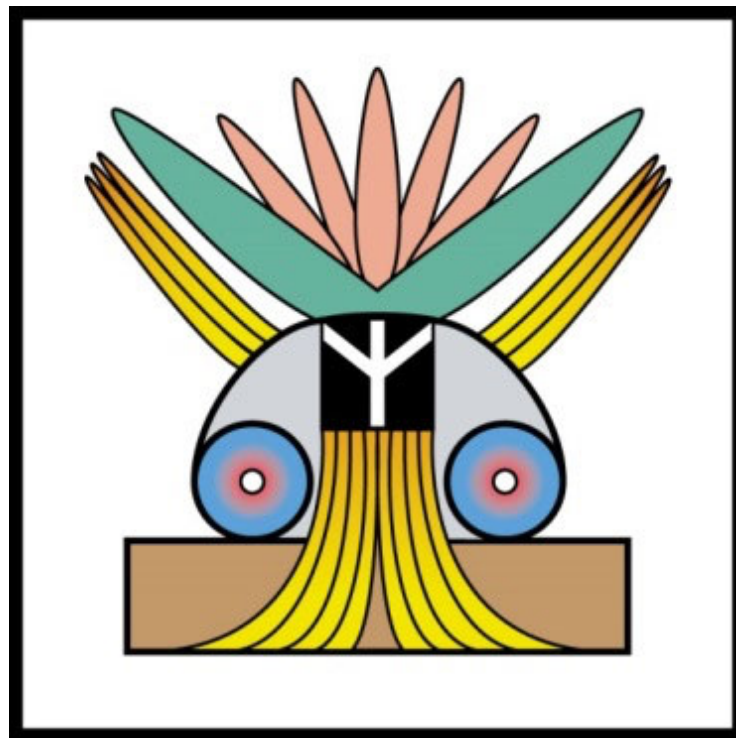
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrütli 1225
8495 Schmidrütli
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrütli, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrütli, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



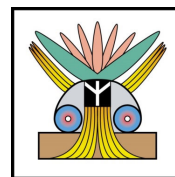
© FIGU 2026

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber oder nach Wunsch Überbevölkerungskleber -----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrütli 1225, 8495 Schmidrütli ZH, Schweiz